Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang

Dienstag, 26. April 1921

Nummer 190 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,— M., für das übrige Ausland 24,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 26,— Mark.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8c9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Sofortige Zahlung der Gold-Milliarde

Die neue Forderung der Wiedergutmachungskommission

E. E. Paris, 25. April.

Der Wiedergutmachungsausschuß hat in der heutigen Sitzung mit Bedauern die Mitteilung der deutschen Regierung vom 22. April sowie von der Ablehnung der Ueberführung des Goldes nach Köln oder Koblenz Kenntnis genommen. Er bedauerte auch ferner, daß die deutsche Regierung verkannt habe, von welchem Geiste das Schreiben vom 21. April 1921 beseelt war. Die Forderung nach der Ueberführung des Goldes ins besetzte Gebiet war von der Sorge eingegeben, die Bestimmungen des Friedensvertrages mit der Forderung, die man hinsichtlich der deutschen Währung erheben muß, in Einklang zu bringen. Deutschland hat den § 235 des Friedensvertrages nicht erfüllt. Die Reparationskommission glaubt nun, das Recht zu haben, die Machtbefugnisse auszuüben, die ihr durch den Friedensvertrag zugestanden werden, und fordert bis zum 30. April die Auslieferung einer Milliarde in Goldmark an die Kasse der Bank von Frankreich. Die Reparationskommission habe hier nicht die Beziehungen der Reichsregierung zur Reichsbank zu erörtern, weil sie die Gewißheit habe, daß die Reichsregierung bei einigem guten Willen der Forderung der Kommission entsprechen könne.

Gez. Louis Dubois. gez. Jon Bradbury.

Neue französische Pläne

Erklärung Lloyd Georges

E. E. London, 25. April.

Lloyd George gab heute nachmittag im Unterhause folgende Erklärung ab:

Briand hat der englischen Regierung versprochen, in ein bis zwei Tagen neue Vorschläge über die französischen Pläne zu machen. Die ganze Frage wird geprüft werden und den Delegierten, die das Kabinett auf der Konferenz der Alliierten vertreten werden, sollen Instruktionen gegeben werden. Die Konferenz wird für Samstag einberufen werden, damit neue Maßnahmen getroffen werden, um den Versailler Friedensvertrag zu erfüllen.

Man glaubt zu wissen, daß die deutsche Regierung neue Vorschläge ausarbeitet, die man bis jetzt noch nicht erhalten hat. Sollten diese nicht befriedigend sein, so wird die englische Regierung in der nächsten Konferenz Frankreich bezüglich der Besetzung der Kohlenbergwerke im Ruhrgebiet unterstützen. Die neuausgearbeiteten Zwangsmaßnahmen werden vor ihrer Anwendung dem Unterhaus vorgelegt werden.

EW. London, 25. April.

Lloyd George teilte den Pressevertretern mit, daß er mit Briand die Frage der neuen Sanktionen besprochen habe. Es hätten sich verschiedene Schwierigkeiten ergeben, da offenbar eine neue deutsche Note unterwegs sei, die sie beide noch nicht kennen. Man hätte nicht die Absicht gehabt, Entscheidungen zu formulieren, was ja auch unmöglich gewesen wäre, da die Fragen erst mit dem britischen Kabinett und dem Obersten Rat besprochen werden müßten. **Die letzte deutsche Note über den Wiederaufbau sei in gewissem Sinne zweifellos befriedigend,** berühre aber leider nicht alle Fragen und nenne vor allem keinen Entschädigungsbetrag. Am Sonnabend würden die Vertreter aller Alliierten an der Sitzung teilnehmen. Zweifellos werde man beschließen, **eine Weiterbesetzung vorzunehmen, wenn Deutschlands Vorschläge nicht befriedigend seien.** Niemand wünsche, daß es soweit komme, aber es sei klar, daß Deutschland mit seinen Leistungen im Rückstande sei. Inzwischen warte man auf den Inhalt der neuen deutschen Note. England sei überzeugt, daß Deutschland die in Paris vereinbarte Summe bezahlen könne.

Die englische Opposition

Paris, 25. April.

Ueber die Beratungen von Hythe sagt „Figaro", es sei sehr begreiflich, daß Lloyd George über die liberale Opposition und die der Arbeiter beunruhigt sei; aber bei so ernsten Angelegenheiten wie denen, die in Lympne behandelt worden seien, müßten die Sorgen der inneren Politik an zweiter Stelle stehen.

„Populaire" stellt auch fest, daß die offiziösen Berichte genügend verlegen seien, um über das aufgeklärt zu werden, was man accord parfait (vollkommenes Zusammenwirken) nenne. Wie das Blatt vorausgesagt habe, **sei die öffentliche Meinung in England den „Sanktionen" ausgesprochen feindlich gesinnt.** Der ganze Fochismus sei ihnen widerwärtig. Aber man müsse sich auch gesagt sein lassen, daß es nicht nur die liberale und die Arbeiter-Opposition sei, die sich den militärischen „Sanktionen" entgegenstelle. Auch ein Konservativer wie Lord Robert Cecil, der Champion des Völkerbundes, jenseits des Kanals, zögere nicht, einen Druck auf Lloyd George auszuüben. **Lloyd George wisse aber auch sehr gut, daß die Harding sympathisch gesinnten amerikanischen Finanzkreise Anhänger einer entgegenkommenden Politik gegenüber Deutschland seien und gar kein Interesse daran hätten, daß Frankreich durch seine strengen Maßnahmen ihnen einen ungeheuren Markt, von dem sie viel erwarteten, ruinierten.** Lloyd George sei über das Eingreifen Hardings erregt gewesen.

Wiedergutmachung und Reichstag

Vertagung der Debatte

Der Reichstag hat in seiner gestrigen Sitzung die Begründung der beiden von den Unabhängigen Sozialdemokraten und von den Deutschnationalen gestellten Interpellationen zur Wiedergutmachungsfrage entgegengenommen und sich dann nach einer kurzen Erklärung des Außenministers, daß die Regierung erst morgen darauf antworten und überhaupt dann erst zu ihrer Politik sich äußern kann, vertagt. Herr Dr. Simons teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß die deutsche Regierung und die Berliner Vertretung der Vereinigten Staaten übereingekommen seien, bis heute mittag die deutschen Vorschläge nicht zu veröffentlichen, infolgedessen könne auch über ihren Inhalt nichts ausgesagt werden. Die amerikanische Regierung ist also an diese Vereinbarung nicht gebunden, und es besteht wieder einmal die Möglichkeit, daß das Ausland früher über die wichtigsten Vorgänge bei uns unterrichtet sein wird als wir selbst.

Die Rede des Vertreters unserer Fraktion, des Genossen Dißmann, beschränkte sich nicht auf einige kritische Bemerkungen an den für die deutsche Regierungspolitik so blamablen Vorgängen der jüngsten Zeit, sondern sie rollte das ganze Wiederaufbauproblem auf. Er gab auch keine Wiederholung dessen, was wir oft genug schon gehört haben. In lebendiger Frische stellte er der Gewaltpolitik der regierenden Klassen aller Länder den Willen der internationalen Arbeiterklasse gegenüber, durch die gemeinsame Arbeit aller Völker wiedergutzumachen, was der Krieg verwüstet habe. Dißmann ist einer der Berufenen, im Namen des internationalen Proletariats zu sprechen, hat er doch in den letztvergangenen Monaten wiederholt auf den internationalen Arbeiterkongressen mitgewirkt und dabei in aller Anschaulichkeit erfahren, daß das Proletariat auch der „feindlichen" Länder ein besseres Verständnis für die gemeinsamen Interessen der ganzen Welt am Wiederaufbau hat, als die herrschenden Klassen sowohl in Deutschland als anderswo es bisher gezeigt haben. Nur eine Meinung wurde dort vertreten, daß es keine Sieger und keine Besiegte gäbe, sondern nur geschlagene Völker.

Und so konnte unser Redner mit Recht die deutsche Politik anklagen, daß sie bisher durch ihre Zickzackpolitik verhindert habe, daß das Ausland Vertrauen zu unserem guten Willen gewinne. Was die Regierung gesündigt habe, das müsse das Volk jetzt auskosten. Wir geben uns keiner Täuschung darüber hin, daß die regierende Klasse bei der Entente ebenso wie bei uns sich nur von kapitalistischen Interessen leiten lasse und den Versuch unternehmen wird, die Kosten des ganzen Verfahrens auf die Arbeiterklasse abzuladen. Auch der amerikanische Präsident ist nichts anderes als der Vertreter des Kapitals seines Landes, und es ist töricht, zu glauben, daß er sich irgendwie von den Interessen des deutschen Volkes werde leiten lassen. Aber, so rief Genosse Dißmann aus, die Zeit wird sehr bald kommen, in der das Volk müde sein wird, länger der Spielball kapitalistischer Profitsucht zu sein, und dann wird es Rechenschaft von denen fordern, die es in die jetzige Lage geführt haben. Rechenschaft vor allem von den reaktionären Kreisen in Deutschland! Wir wissen, daß der Vertrag von Versailles ein Gewaltfrieden schlimmster Art ist, aber ihm sind die Gewaltfrieden von Brest-Litowsk und Bukarest vorangegangen. Die Verbrechen, die jetzt von den Gewaltpolitikern der Entente an der arbeitenden Menschheit begangen werden, finden ihre Vorbilder in den Verbrechen, deren die deutschnationalen Kreise in Deutschland sich schuldig gemacht haben, dieselben Kreise, die auch jetzt noch in offener Provokation der Entente und in frecher Verhöhnung aller Verträge ihr Aeußerstes tun, um das Verderben, das dem deutschen Volk droht, noch zu vermehren. In Bayern ist offen von einem Vertreter der Regierung gesagt worden, wie stark die Einwohnerwehr bereits ist und wieviel hunderttausende Gewehre und Maschinengewehre ihr zur Verfügung stehen. Und das nennt die Regierung Durchführung der Entwaffnung! Ein Gegenstück spielt sich jetzt im Osten ab. Hier ist von Regierungsstellen und von Landräten die Werbetrommel für die Aufstellung einer Wehr gerührt worden, die angeblich einem drohenden polnischen Einfall begegnen soll. **Die Bevölkerung wird dort mobil** gemacht, und ohne Umschweife erklärt man, Waffen sind noch genug da.

Als Dißmann diesen Skandal enthüllte, gab es auf der Rechten einen Sturm über die „Denunziation" an die Entente. Ihnen rief unser Redner zu: Wer jetzt in zwölfter Stunde vor der Durchführung der Sanktionen, in einer solchen Situation die Bevölkerung im Osten aufputscht, der begeht ein Verbrechen an der ganzen Bevölkerung. Und Herrn Helfferich, der sich am meisten durch Schreien hervortat, sagte Dißmann, wenn einer im ganzen Hause sei, der Grund habe, sich jetzt ruhig zu verhalten, so sei er es. Da die deutschnationalen Herrschaften die Wahrheit nicht vertragen können, so zogen sie es vor, die Flucht zu ergreifen, als Dißmann in diesem Zusammenhang auf die monarchistische Herausforderung bei der Beerdigung der früheren Kaiserin hinwies.

Hatte der Redner unserer Partei besonders die internationalen Bemühungen der Arbeiterklasse, der Welt den Frieden wiederzugeben, erörtert und dabei besonders auf das Manifest der englischen Arbeiterpartei und den Wiedergutmachungsplan unserer internationalen sozialistischen Arbeitsgemeinschaft verwiesen, so beschränkte sich Herr Hötzsch bei der Begründung der deutschnationalen Interpellation darauf, der Verletzung seiner Gefühle als „Patriot" Ausdruck zu geben. Er sprach viel über nationale Würdelosigkeit und machte der Regierung zum Vorwurf, daß ihre Politik sich von einem Widerspruch zum anderen bewegt hätte. Aus diesem Munde klang freilich die Klage besonders merkwürdig, daß die Regierung den Reichstag und den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten ausgeschaltet habe. Denn wenn jetzt die Deutschnationalen dagegen durch Herrn Hötzsch Protest erheben, so müssen sie doch daran erinnert werden, daß gerade sie unter Wilhelms fürchterlicher Mißregierung jede Mitwirkung des Reichstags zielbewußt verhindert haben. Diese „Protestanten" wünschen ja in Wirklichkeit nichts sehnlicher herbei, als daß das Parlament völlig beseitigt und das Geschick des Volkes wieder in jenen unerforschlichen Höhen des monarchistischen Absolutismus entschieden werde, der uns in das tiefste Elend geführt hat. Was der deutschnationale Redner im einzelnen über die Regierungspolitik zu sagen hatte, kann auch von den anderen Parteien unterschrieben werden. Nur daß immer wieder daran erinnert werden muß, daß die Deutschnationalen schon die allerletzten sind, die sich über die Unfähigkeit der jetzigen Regierung entrüsten dürfen. Diese Kreise sind schuld daran, daß das deutsche Volk in den Abgrund des Krieges geführt worden ist, und wenn wir jetzt unter diesen Folgen so entsetzlich zu leiden haben, so sind dafür die Deutschnationalen und die Volksparteiler in allererster Linie verantwortlich. Gerade sie sollten schweigen.

Heute dürfte endlich das neue Angebot veröffentlicht werden und dann endlich die Regierung dem Parlament die dringend nötige Aufklärung über ihre Politik geben.

Der Sitzungsbericht

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung gegen 3¼ Uhr und dankt unter dem Beifall der Rechten und der Mitte des Hauses den Tirolern für ihr Treuegelöbnis zu Deutschland.

Die auswärtige Politik

Mit der Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die auswärtige Politik werden verbunden die Interpellationen der Unabhängigen und der Deutschnationalen.

Die Interpellation unserer Fraktion lautet:

„Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu ergreifen zur Begleichung der zwischen den Ententeregierungen und der Reichsregierung wegen der Reparationsforderungen entstandenen Differenzen, deren Fortbestehen zur Geltendmachung neuer „Sanktionen" ausgenutzt wird?

Ist die Reichsregierung insbesondere bereit, sich die Wiedergutmachungspläne zu eigen zu machen, die am 4. April in Amsterdam von den Delegierten folgender drei, der Internationalen Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Parteien, der Sozialistischen Partei Frankreichs (Französische Sektion der Arbeiter-Internationale), der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands entworfen wurden, wie auch der Internationale Gewerkschaftsbund ein das gleiche Ziel verfolgendes Ausgleichsprogramm verfaßt hat?"

Die Interpellation wird begründet von dem

Abg. Dißmann (U. S. P.):

Am 11. April hatten wir mit Einreichung der Interpellation beantragt, den Reichstag früher als beabsichtigt einzuberufen, da wir in dieser schicksalsschweren Zeit unter allen Umständen zu den Fragen der auswärtigen Politik Stellung nehmen mußten,

Unsere Anregung ist abgelehnt worden. Gegen solche Haltung der Regierung müssen wir auf das allerschärfste Protest erheben. Seit den Londoner Verhandlungen sind Monate ins Land gegangen, die deutsche Regierung hat nicht ihre Pflicht erfüllt, ungesäumt neue Verhandlungen anzubahnen. Inzwischen rückt der 1. Mai heran, der uns nach der Besetzung weiterer deutscher Städte wie Düsseldorf, Duisburg weitere Einschränkungen unseres wirtschaftlichen Lebens bringen wird. Die Not der Massen steigt, die Arbeitslosigkeit wächst und noch immer hören wir nichts von Maßnahmen, die die deutsche Regierung treffen will, um solchen Bedrohungen Einhalt zu tun. Die Truppentransporte sind im Anrollen. Es ist nicht denkbar, daß in solchen Zeiten der deutsche Reichstag immer noch schweigt und nicht die Möglichkeit hat, zum Ausdruck zu bringen, was er will. **Wir wollen wissen, welche Schritte die deutsche Regierung seit dem Abbruch der Londoner Verhandlungen unternommen hat.** Es handelt sich um das Schicksal nicht der deutschen Regierung, sondern um das des deutschen Volkes, **in erster Linie der Arbeiterklasse**, der werktätigen breiten Schichten der Bevölkerung. (Zuruf rechts: Die anderen sind zweiter Klasse?!) **Sie haben allerdings die Arbeiter immer als zweite Klasse behandelt.** (Sehr wahr! links — Unruhe rechts.) Wir wissen zu gut, daß die breiten Schichten der Arbeiterklasse von jeher in allen schwierigen Zeiten die Lasten zu tragen hatten, und jetzt sollen sie wieder die Auserkorenen sein, bei Einsetzen der Sanktionen alles auf ihre Schultern zu nehmen. Noch in der vergangenen Woche haben Arbeitgebervertreter vorgeschlagen, man müsse, wenn die Sanktionen eintreten, diese sich voll auswirken lassen, die Arbeiter sollten die ganzen Folgen auf ihren Schultern spüren. Als in jener Sitzung von Arbeitervertretern erklärt wurde, nein, es müßten alle Maßnahmen getroffen werden, um weitere Arbeitslosigkeit zu verhüten, da waren es die Arbeitgeber, die das ablehnten mit der Begründung, den Arbeitern müsse klar gemacht werden, daß sie auf falschem Wege seien. Das ist die Rolle des Aschenbrödel, die die Arbeiterklasse lange genug hat spielen müssen und der wir jetzt satt sind.

Die Geheimniskrämerei, in der sich die Regierung bis zur Stunde gefällt, kann nur dazu dienen, das Ansehen Deutschlands und der deutschen Regierung und ihre Interessen vor dem Auslande schwer zu schädigen. **Das Urteil über das Vorgehen der deutschen Regierung** geht übereinstimmend

auf eine Verurteilung in allerschärfster Form

hinaus. (Lebhafte Zustimmung links.) Nur eine Politik der Offenheit, Geradheit und Ehrlichkeit kann helfen. Mit dem beliebten Zickzackkurs können wir keine Eroberungen machen. Wir Arbeitervertreter bemühen uns seit Wochen ernstlich, im neutralen Auslande unsere Arbeitsbrüder über die Lage des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterklasse aufzuklären. Da haben wir von der Stimmung im Auslande uns gegenüber genugsam erfahren können, daß die französischen, wie die belgischen und englischen Arbeiter, auch die Arbeiter in den neutralen Ländern für die Interessen des deutschen Volkes ein besseres Verständnis haben, als bis zur Stunde die herrschenden Klassen. Wir haben in Kopenhagen, in Innsbruck, in Wien, in Amsterdam, in Bern und in London bei den Arbeitern das weitgehendste Verständnis gefunden. Im August 1920 setzte die Wirtschaftskrise zum erstenmal in Deutschland ein. Damals sagten uns in Kopenhagen nicht nur dänische, sondern skandinavische, belgische und französische Vertreter voraus, daß diese Wirtschaftskrise in sechs bis neun Monaten wie eine Sturmwelle auch gegen die anderen Länder anbrausen werde. Das hat sich leider nur zu sehr bewahrheitet. In London haben unsere englischen wie unsere französischen Genossen mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht: **Wir kennen keine Sieger und keine Besiegten, wir kennen nur geplagte Völker.** Wer hat in den 4¼ Kriegsjahren die Opfer an Gut und Blut bringen müssen? In erster Linie doch die werktätige Bevölkerung aller Länder, während die herrschenden Klassen während des Krieges durch die doppelte Ausbeutung der Not und des Elends der Menschheit ihre Taschen füllte. Diese ihre verbrecherische Politik hat die herrschende Klasse aller Länder auch nach dem Kriege fortgesetzt. Wie oft haben Ihnen von dieser Stelle aus unsere Führer, auch unser verstorbener Freund Haase, zugerufen, daß die von Ihnen bejubelte Kriegspolitik einstmals für Sie zur Trauer werden würde. Aber Sie haben auf die Warnungen nicht gehört. Heute sehen Sie nun die Katastrophe hereinbrechen. Wenn nunmehr nach dem 1. Mai Sanktionen kommen, so dürfen Sie (nach rechts) nicht vergessen, daß der Gewaltfriede von Versailles und das Gewaltdiktat von Spaa in dem Gewaltfrieden von Brest-Litowsk ihr Vorbild haben. **Sie sind ein Abbild Ihrer eigenen traurigen Gewaltpolitik.** (Große Unruhe rechts.) Wenn vom 1. Mai ab neues Unheil über das deutsche Volk kommt, dann ist das die Folge Ihrer Gewaltpolitik. (Große Unruhe rechts.) Wir haben nicht die naive Hoffnung, daß ein Sachwalter kapitalistischer Interessen wie Lloyd George oder Briand oder Harding das Wohl unseres Volkes fördern wird. Mit Bajonetten und mit Militärgewalt kann das Wirtschaftsleben der Völker nicht wieder aufgerichtet werden. Wir haben die Pflicht, das an dieser Stelle ebenso zum Ausdruck zu bringen, wie es unsere französischen Kameraden und unsere englischen Brüder in ihren Parlamenten getan haben.

Das Wirtschaftsleben aller Völker hängt eng zusammen.

Auch in den skandinavischen Ländern, in der Schweiz, in Frankreich und in England herrscht große Arbeitslosigkeit infolge des Weltkrieges. In dem Manifest der englischen Arbeiterpartei wird betont, daß der Rückgang des Handels mit Deutschland, Rußland und Oesterreich allein schon ausreicht, um den größten Teil der Arbeitslosigkeit in England zu erklären. Aber wir brauchen nur einen Blick nach Danzig, nach dem Saargebiet und den besetzten Gebieten zu werfen, um zu sehen, wie schnell sich das internationale Kapital mit den Veränderungen ausgesöhnt hat. Die deutschen Arbeiter erkennen, daß letzten Endes die Austragung der Differenzen nach dem 1. Mai auf dem Rücken der deutschen Arbeiterklasse ausgetragen werden. Die Ausbeuter aller Länder finden sich zusammen, die Löhne zu verkürzen. Die Arbeitszeit soll verlängert werden; das ist ein Sehnsuchtsschrei des internationalen Kapitals.

Was ist denn in Deutschland geschehen, um die Verträge zu erfüllen, soweit sie erfüllbar waren? Bei dem Spaa-Abkommen handelte es sich einmal um die Kohlenlieferung, zum andern um die Entwaffnung. Um die Verpflichtungen hinsichtlich der Kohlenlieferungen erfüllen zu können, hat man auf die Bergleute dahin eingewirkt, Ueberschichten zu machen. Als es sich um die Durchführung der Entwaffnung handelte, war es anders. Ich will hierbei nicht im einzelnen eingehen auf das Treiben der Orgesch, auf die Politik der Rechten, die Tag für Tag den Revanchegedanken neue Nahrung geben. Erst vor einigen Wochen hat der Staatssekretär Schweyer im Finanzausschuß des bayerischen Landtags Angaben über die Stärke und die Art der Bewaffnung der bayerischen Einwohnerwehren gemacht, die provozierend wirken müssen. Hunderttausende von Gewehren, über 7000 Maschinengewehre. (Große Unruhe rechts. — Zuruf: Denunziation!) **Die „Denunziation" läßt uns kalt.** (Sehr richtig links.) Die Reaktion bei uns und in Frankreich gleichen sich wie ein Ei dem andern; aber Sie (zur Rechten) dürfen sich nicht beklagen, wenn die Folgen einer solch fluchwürdigen Politik auf Sie selbst zurückfallen. Nicht nur in Bayern rührt die Reaktion die Werbetrommel. Im Osten versucht man unter Assistenz von Regierungsvertretern die Massen mobilzumachen (Lebhaftes Hört, hört auf der linken), es werden Fragebogen versandt, um festzustellen, bei welcher Waffengattung der einzelne gedient hat. Begründet wird dieses Vorgehen mit dem Hinweis auf die Befürchtung eines Einbruchs der polnischen Banden. **Wie die Reaktion es bei uns treibt, hat sich u. a. erst in der vorigen Woche gezeigt. Sie hat die Beisetzung der früheren Kaiserin zu einer säbelrasselnden Demonstration benutzt.** (Große Erregung auf der Rechten. — Stürmische Zwischenrufe rechts, die beiden Rechtsparteien und ein Teil des Zentrums verlassen fluchtartig den Saal.) Es wird die Zeit kommen, wo das deutsche Volk, dieses Treibens müde, dafür Rechenschaft fordern wird. **Die Zeit der großen Gesten ist vorbei.**

Wir haben vom international-sozialistischen Standpunkte aus in den Amsterdamer Beschlüssen Vorschläge gemacht. Ist es falsch, bei dem heutigen Währungsstand auf Generationen hinaus eine bestimmte Wiedergutmachungssumme festzulegen, so muß Deutschland sich bereit erklären, die zerstörten Gebiete wiederaufzubauen. Wir schlagen vor, daß in Frankreich selbst **ein nationales Wiederaufbauamt** geschaffen wird, das feststellt, was wiederaufgebaut werden muß. Daneben schlagen wir

ein internationales Wiedergutmachungsamt

vor, das die Mittel und Wege für den Wiederaufbau findet. Wir sehen dabei vor, die Arbeitsleistungen, d. h. die Gestellung der Arbeitskräfte, ferner die Sachleistungen, d. h. Materialien, Maschinen, Werkzeuge usw., Wiederaufbau der Wohnungen, Instandsetzung der Fabriken und drittens die Beschaffung der Geldleistungen. Die Zinsen sind von Deutschland zu leisten, aber die Aufbringung dieser Zinsenlast muß auf die starken Schultern abgewälzt werden. Ungezählte Milliarden sind von Deutschen in neutralen Banken aufgespeichert worden, die Angehörigen der Rechtsparteien sind mit ihren Kapitalien ins Ausland geflüchtet. **Vor allem wird die allgemeine Abrüstung gefordert.** Die völlige Abrüstung des Militarismus in allen Ländern würde allein schon genügen, um den Völkern einen größeren Betrag zu ersparen, als die ganze Summe der Wiedergutmachung erfordert. Die Gewaltmaßnahmen der Entente werden durchgeführt werden, wenn die herrschende Klasse Deutschlands nicht gewillt ist, sich restlos auf den Boden unserer Vorschläge zu stellen. **Die Amsterdamer Vorschläge haben ihren Widerhall auch in den Beschlüssen des internationalen Gewerkschaftsbundes, der 28 Millionen Arbeiter vertritt, gefunden, ebenso in der zweiten Internationale.** Es sind nicht weniger als

drei gewaltige internationale Körperschaften,

die auf dem Boden dieser Beschlüsse stehen. Wir sind uns bewußt, daß die endgültige Lösung nur gefunden werden kann, wenn die Forderungen, die auf die Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutungs- und Gewaltsystems hinzielen, zur Verwirklichung gelangen.

Der Gewaltpolitik wird schließlich durch die Kraft des Proletariats ein Halt geboten werden. Seit 1914 triumphierte der Kapitalismus mit der Parole: Proletarier aller Länder, tötet euch! Das Proletariat ist reif geworden, um in geschlossener Front, Hand- und Kopfarbeiter, zusammen, den Kampf gegen seine Feinde aufzunehmen, und es wird das Wort verwirklichen: **Proletarier aller Länder, vereinigt euch!** Diese Geschlossenheit wird nicht erreicht durch Putsche, auch nicht durch ein Paktieren mit den Feinden der Arbeiterklasse, sondern **der gemeinsame Boden des revolutionären Kampfes muß die Arbeiter vereinigen, und zwar in möglichst kürzester Zeit.** Der Tag wird kommen, wo an die Stelle der kapitalistischen Gewalt die deutsche Freiheit und eine neue bessere Zeit tritt, wo das Wort zur Wahrheit wird: **Das Alte stürzt, und neues Leben blüht aus den Ruinen.** (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. Hoetzsch (Dtn.) begründet die Interpellation seiner Partei, in der um Auskunft über die auswärtige Lage und über die von der Reichsregierung in den letzten Wochen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik unternommenen Schritte ersucht wird. Redner führt aus: Abgesehen von den Noten wissen wir über die Tendenz in der Politik nichts. Was ist das Ergebnis der sechswöchigen Außenpolitik seit dem Scheitern der Londoner Konferenz? Die zweite Frage betrifft die Reparationsvorschläge, die Deutschland für den Wiederaufbau Frankreichs gemacht hat. Am 12. März hat der Außenminister ausgeführt, daß man, wenn man eine Ohrfeige erhalten habe, dem Gegner nicht die Hand wieder reichen könne. Weiter führte der Außenminister damals aus, es müsse nunmehr alles getan werden, neue Mittel und Wege zu finden, um die erregte Stimmung im Volke zu bannen, das soll heißen, daß die Regierung nun sich rüsten müsse, auf andere Weise die Verhandlungen in Gang zu setzen. Endlich führte der Außenminister aus, daß ein Eingehen auf die Schuldfrage, wie es von Lloyd George beabsichtigt sei, uns Unerfüllbares zumute. **Wenn man sich aber das, was in den letzten sechs Wochen geschehen ist, ins Gedächtnis zurückruft, so begründet sich die Interpellation eigentlich von selbst.** Was ist gegen den Bolschewismus geschehen? Was ist hinsichtlich der Kriegsschuldfrage geschehen? Was ist in der Propaganda eines internationalen Schiedsgerichts geschehen? Redner fordert, gegen die in seiner Einbildung bestehende Gefahr einer polnischen Intervention Vorkehrungen zu treffen. Er polemisiert im weiteren gegen den Außenminister wegen seines Interviews mit einem französischen Journalisten und wendet sich schließlich gegen die Vermittlungsaktion, die mit der Entsendung der Note an Harding eingeleitet wurde.

Reichsminister des Aeußern Simons:

Meine Damen und Herren! Die Note, die gestern abend dem hiesigen amerikanischen Vertreter übergeben worden ist, enthält **die Vorschläge, die wir der amerikanischen Regierung unterbreitet haben**, damit sie sich darüber schlüssig macht, ob sie sie für eine geeignete Grundlage hält, um zu neuen Verhandlungen zu führen, und ob sie daraufhin diese Vorschläge den Alliierten übermitteln und deren Aufmerksamkeit auf diese Angelegenheit zu lenken geneigt ist. Ich habe mich mit dem Vertreter der amerikanischen Regierung dahin geeinigt, daß bis morgen mittag spätestens die Note beiderseits noch nicht veröffentlicht wird. Infolgedessen bin ich nicht in der Lage, heute dem hohen Hause über den Inhalt der Note Bescheid zu geben. Ich halte es aus Gründen, die leicht erkennbar sind, für höchst bedenklich, wenn der Faden, der nunmehr mit Amerika angeknüpft ist, zu schwer belastet wird dadurch, daß wir etwaige Rückfragen der amerikanischen Regierung, die sie etwa stellen könnte, durch zu frühe Publikation unmöglich machen. Infolgedessen muß ich es auch ablehnen, heute den Inhalt und Wortlaut dieser Note bekanntzugeben.

Nach einem Vorschlag des Präsidenten wird eine von allen Parteien beantragte Abänderung zu dem Gesetz betr. die vorläufige Förderung des Wohnungsbaues vom 12. Februar 1921 in allen drei Lesungen ohne Debatte erledigt. Die Verpflichtung der einzelnen Länder, ihre bezüglichen Gesetze bis zum 1. Mai 1921 zu erlassen, wird dadurch insoweit modifiziert, als der Termin bis zum 1. Juli 1921 erstreckt werden soll.

Hierauf wird die Sitzung auf Dienstag 2 Uhr vertagt.

Putschistische Komplizen

Die Rechtspresse hetzt

Die kommunistische Saut scheint aufzugehen. Nach den Enthüllungen Levis war die Taktik der sonderbaren Politiker in der gegenwärtigen Zentrale darauf gerichtet, die Reaktion herauszulocken und die Polizeitruppen nervös zu machen, um auf solche Weise Zusammenstöße zu provozieren. Am mutwillig vergossenen Arbeiterblut sollte sich der Kampfesgeist der Massen entzünden.

Der erste Teil dieses Programms des Wahnsinns scheint in Erfüllung gehen zu sollen. Der Weizen der Reaktion blüht jeden Tag schöner. Die Meldungen von neuen Verhaftungen in Halle dienen der reaktionären Presse, die das Treiben der V. K. P. D. mit Behagen verfolgt, zum Anlaß, um eine neue Hetze zu beginnen. Die „Deutsche Tageszeitung" weiß schon jetzt in auffallender Darstellung zu berichten, daß nach Informationen von „zuständiger Stelle" die zurzeit vorliegenden Nachrichten über „kommunistische Umtriebe" eingehender Prüfung unterliegen. Sie seien derart, daß sie zur Vorsicht nötigen. Die Schutzpolizei in Mitteldeutschland werde ihre gegenwärtige Stärke behalten und die Leuna-Werke werden beschützt bleiben. Wozu die „Deutsche Tageszeitung" bemerkt, daß Abwarten und Zuschauen nicht am Platze, sondern **energisches Zugreifen nötig sein.**

Der Reaktion könnte es gefallen, wenn eine neue Gelegenheit zur Rache am Proletariat, beginnend mit Verhaftungen und Gemetzeln und fortgesetzt in Sondergerichten und Zuchthausstrafen, aus gegenseitiger Hetze entstehen würde. Die Arbeiterschaft sei darum schon jetzt vor Spitzeln und Provokateuren von beiden Seiten, Kommunisten wie Reaktionären, die sich so trefflich in die Hände arbeiten, dringend gewarnt.

Die Sondergerichte

Mitteldeutsche Arbeiter beim Reichspräsidenten

Am Montag nachmittag hatte der Reichspräsident, wie offiziös mitgeteilt wird, eine Aussprache mit einer Abordnung mitteldeutscher Arbeiter aus Halle, die aus je 2 Vertretern der S. P. D., der U. S. P. D. und des Vorstandes des Gewerkschaftskartells Halle bestand. Die Arbeitervertreter erstatteten zunächst einen Bericht über die jetzige Stimmung im mitteldeutschen Unruhegebiet und trugen dann einige Klagen über die Tätigkeit und das Verfahren bei den Sondergerichten vor, insbesondere über **die Beschränkung der Verteidigung und über die Aburteilung der Jugendlichen.**

Der Reichspräsident nahm diese Beanstandungen und Wünsche zur Kenntnis und erwiderte, daß zur Zeit alle diese Bedenken und Vorwürfe gegen die Sondergerichte Gegenstand einer Untersuchung seien im Hinblick auf die bevorstehende Erörterung im Reichstag. Vermutlich würden die dort gestellten Anträge und Interpellationen dem Rechtsausschuß des Reichstags überwiesen werden, damit man sich dort mit all diesen Fragen befasse, um Mittel und Wege zu finden, in welchen Punkten eine Abänderung des Verfahrens der Sondergerichte sich als nötig erweise und durchführen lasse. Eine Klage ging besonders dahin, daß die Sondergerichte nicht das Recht besitzen, die bedingte Begnadigung, den sogenannten Strafaufschub mit Bewährungsfrist, vor allem für Jugendliche, die vielfach als Mitläufer in der Aufstandsbewegung in Frage kommen, auszusprechen. Infolgedessen müssen bis jetzt alle Verurteilten, auch die jugendlichen, die verhängte Strafe antreten. Darauf erwiderte der Reichspräsident, daß er bereits gestern unter Gegenzeichnung des Reichsjustizministers Anweisung gegeben habe, **daß auch die Sondergerichte das Recht des Strafaufschubs haben und gewähren, gerade in Rücksicht auf die zahlreichen jugendlichen Angeklagten.**

Im übrigen betonte der Reichspräsident, daß es nach seiner Ueberzeugung unmöglich sei, ohne Sondergerichte auszukommen, da die ordentlichen Gerichte durch laufende Sachen zu stark überlastet seien und die Angeklagten sonst monatelang in Untersuchungshaft ihrer Aburteilung harren müßten.

Soweit die offiziöse Meldung. Wir müssen allerdings dagegen protestieren, daß man die Anträge über Aufhebung der Sondergerichte an den Rechtsausschuß verweist, wo über der „eingehenden" Untersuchung Wochen vergehen können. Unterdessen wandern zahlreiche Angeklagte auf Jahre hinaus ins Zuchthaus. Die Tätigkeit der Sondergerichte hat die schweren Schäden dieser Einrichtung bereits so eindringlich bewiesen, daß eine eingehende Untersuchung sich erübrigt. Der Reichstag hat die Pflicht, die Sondergerichte, deren Urteile im Volke die größte Empörung hervorrufen und die den letzten Rest von Vertrauen zur Justiz untergraben, durch seinen Beschluß aufzuheben.

*

Inzwischen gehen die Verurteilungen weiter. Das Sondergericht in Dresden verurteilte zwei Mitglieder des Sprengkommandos Hölz, den Betonarbeiter Karl Schulz, der im vorigen Monat den Sprengstoffanschlag auf das Dresdener Gericht, und den Arbeiter Johann Franke, der einen gleichen Anschlag in Freiburg verübt hatte, zu **je 10 Jahren Zuchthaus.** Der Angeklagte Schulz wird demnächst nach Berlin übergeführt werden, um sich hier wegen des Sprengstoffanschlages auf die 66-Pfeiler-Brücke in Charlottenburg zu verantworten.

Lebenslängliches Zuchthaus

Das Sondergericht in Naumburg verurteilte den Arbeiter Heinrich Korch aus Weißenfels, den Vorsitzenden des Aktionsausschusses in den Leuna-Werken zu **lebenslänglicher Zuchthausstrafe.** Nach dem „Naumburger Tageblatt" wurde das Urteil wie folgt begründet: Der Angeklagte sagte in einer von dem Dache eines Gebäudes der Leuna-Werke gehaltenen Ansprache, in welcher er zum Generalstreik aufforderte: **„Wer sich drückt, ist in den nächsten Tagen nicht mehr."** Das ist Bedrohung mit Totschlag. „Wir wollen uns bewaffnen und das Werk verteidigen." Er brachte ein Hoch auf die rote Armee aus mit der Bemerkung, daß diese unbedingt siegen müsse. Jeder müsse sich der Streikleitung unterwerfen. Es handelt sich diesmal nicht um einen Teilstreik, sondern um eine große politische Aktion. Er hat ferner in Weißenfels gesprochen, daß 6000—8000 Bewaffnete bereit seien zu Verteidigung. Das ist Hochverrat. Der Aktionsausschuß ist der Macher. Der Angeklagte hat also genau gewußt, um was es sich handelte. Es mußte deshalb nach dem Antrage erkannt werden.

Friesland verhaftet

Am Sonnabend nachmittag wurde der Vorsitzende der Groß-Berliner Parteiorganisation der V. K. P. D., Ernst Friesland, verhaftet. Wie wir von seinem Rechtsbeistand erfahren, steht diese Verhaftung nicht im Zusammenhang mit den jüngsten Vorgängen in Mitteldeutschland und der Märzaktion der V. K. P. D. Die Verhaftung erfolgte auf Grund von Vergehen, deren sich Friesland als Vorsitzender des Vollzugsrates der deutschen Kolonisten in Sowjetrußland im Jahre 1918 schuldig gemacht haben soll. Friesland war als Kriegsgefangener in Rußland.

Dieser Verhaftungsgrund scheint uns reichlich lächerlich. Man soll doch keine faulen Witze machen. Wenn es sich um Vergehen aus dem Jahre 1918 handelte, hätte die Polizei sicher längst Gelegenheit gefunden, des Friesland habhaft zu werden. Warum also diese faulen Ausreden?

Aufgehobene Zeitungsverbote. Die „Hamburger Werft" wird am kommenden Freitag wieder erscheinen. — Die kommunistische „Hamburger Volkszeitung" ist am Montag zum ersten Male wieder erschienen.

50jähriges Jubiläum der Zentrumsfraktion. Am Sonntag nachmittag beging die Reichstagsfraktion des Zentrums die Feier ihres 50jährigen Bestehens im Plenarsitzungssaale des Reichstags. Auf der Ministerbank hatten der Reichskanzler sowie die Reichsminister Gieseberts und Wirth Platz genommen. In der Festrede gab der Vorsitzende Dr. Trimborn einen historischen Ueberblick über die Entwicklung der Partei.

Der Kommunismus in England. Am Sonnabend und Sonntag fand in Manchester ein Vertretertag der britischen kommunistischen Partei statt. Die Verhandlungen, die mit Ausnahme der Eröffnungssitzung hinter verschlossenen Türen stattfanden, wurden von Artur Macmanus geleitet. — Der in Aberdeen tagende Kongreß der Gewerkschaften Schottlands beschloß mit 55 gegen 50 Stimmen, der Moskauer Internationale beizutreten.

Der Streik der englischen Bergarbeiter

Seit einigen Tagen finden dauernd Verhandlungen über die Beilegung der Bewegung statt, die sich anscheinend nur mühsam vorwärtsschleppen. Jeden Augenblick können sie scheitern. Neben den Konferenzen zwischen den Bergwerksunternehmern und den Bergarbeitern, die gemeinsam mit der Regierung fast dauernd stattfinden, gehen Beratungen der Bergarbeiter und anscheinend auch Beratungen der Dreibundgewerkschaften einher. Die Nachricht, daß die Bergarbeiter aus dem Dreibund ausgetreten sind, hat sich bisher nicht bestätigt.

London, 25. April. (Reuter.)

Die Konferenz der Bergarbeiter und der Bergwerksunternehmer mit der Regierung ist heute zusammengetreten und hat über den Bericht der Bergwerksunternehmer beraten. Die Konferenz wurde sodann auf morgen vertagt.

London, 25. April.

Der Vollzugsausschuß der nationalen Vereinigung der Eisenbahner hat seine Mitglieder dahin verständigt, daß sie während der schwebenden Verhandlungen zur Beilegung des Kohlenstreites **weder Kohlen von den Bergwerkslagern noch vom Ausland eingeführte Kohlen befördern sollen.**

*

Die Presse der Kommunisten entrüstet sich beständig in großen Artikeln über den schmachvollen Verrat der englischen Gewerkschaftsführer, ohne daß diesen Artikeln auch nur die geringste Kenntnis der Sachlage anzumerken wäre. Am Sonnabend hat W. S., wohinter wahrscheinlich der kleine Walter Stoecker steckt, das Geheimnis der Taktik der „Sozialrenegaten" (eine dankenswerte Sprachbereicherung) entdeckt. Er schreibt:

Zuerst mit Versprechungen und Verhandlungen den Ausbruch des Kampfes verzögern, dann, wenn auch die Verhandlungen dem Abbruch nahe sind, durch Unterstützung des Kapitals die Arbeiter zum Nachgeben veranlassen, dann, wenn auch diese Mittelchen erschöpft sind, offen zu den Feinden des Proletariats übergehen, die Einheitsfront des Proletariats zu durchbrechen, die einzelnen Schichten und Berufsgruppen gegeneinander ausspielen, solange **bis die Niederlage vollständig ist und die Positionen der Verbandsbureaukraten von neuem gesichert sind:** das ist die Taktik der deutschen Sozialrenegaten wie ihrer englischen und aller anderen in der Amsterdamer Internationale vereinigten Arbeiterverräter.

Sehr komisch. Durch eine Niederlage soll also die Position der Verbandsbureaukraten von neuem gesichert werden. Wenn das möglich ist, dann müssen allerdings die Bonzen in der Zentrale der V. K. P. D. gegenwärtig obenaufsein.

Aber wir müssen eine für die Kommunisten schmerzliche Feststellung machen. Unter jenen „Sozialrenegaten", die eine Niederlage der englischen Bergarbeiter herbeizuführen trachten, um ihre Positionen zu festigen, befindet sich nämlich Williams, der einzige Kommunist unter den englischen Gewerkschaftsführern. Er gehörte jener Deputation an, die vor dem Ablauf des Streikultimatums des Dreibunds den Bergarbeitern den Rat gab, auf die von der Regierung vorgeschlagenen Verhandlungen einzugehen. Die Ablehnung dieser Forderung eines Kommunistenführers durch die Bergarbeiter hatte die Absage des Dreibundstreiks zur Folge. Was soll man dazu sagen!

Die Tiroler-Abstimmung

Utd. Tel. Innsbruck, 25. April.

Bei der Tiroler Volksabstimmung sind im ganzen rund 129 000 Stimmen für und 2000 gegen den Anschluß an Deutschland abgegeben worden.

Die Blätter melden über die Bozener Vorfälle: Aus Anlaß eines Trachtenumzuges, der jeder politischen Absicht entbehrte, drängten sich Faszisten gewaltsam in den Zug ein. Als die Teilnehmer des Zuges versuchten, die Störenfriede herauszudrängen, **warfen die Faszisten mitgebrachte Bomben auf die Teilnehmer und schossen auf sie.** Die Teilnehmer am Zuge waren vollständig überrascht und konnten sich nicht wehren, weil sie unbewaffnet waren. Ein Oberlehrer wurde getötet. Der Unglückliche wollte dem Tumult mit seinem Kinde durch Flucht entgehen, wurde jedoch durch nachgesandte Schüsse getroffen. Militär stellte die Ordnung wieder her. Kein Faszist ist bisher verhaftet. Die Faszisten reisten mit dem nächsten Zug ab. Sie schossen aus dem Eisenbahnwagen noch auf die auf dem Bahnhof befindlichen Personen, und verletzten mehrere von ihnen. Der deutsche Verband für Südtirol richtete eine Beschwerde an den Generalkommissar Credaro, der für die Vorgänge verantwortlich gemacht wird, da er angeblich von der Absicht der Faszisten wußte. Die Bürgerschaft antwortete auf die Gewalttaten vorläufig mit dem Ausstande aller öffentlichen Verkehrsangestellten. Nach Wiener Blättermeldungen erlagen drei weitere Personen ihren Verletzungen.

Sowjetrußlands Wirtschaftspolitik

Weitere Konzessionen an die Kapitalisten

Der Rigaer Vertreter der „Dena" hatte eine ausführliche Unterredung mit dem zurzeit in Riga weilenden stellvertretenden Vorsitzenden des russischen Obersten Volkswirtschaftsrats und Vorsitzenden des Konzessionsausschusses Lomow. Gegenstand der Unterredung war die russische Konzessionspolitik, worüber Lomow folgendes ausführte:

„Wir haben jetzt unsere Politik auf dem Gebiet der Konzessionen radikal geändert. Bisher waren wir nur bereit, Konzessionen auf Wirtschaftsgebieten zu vergeben, die wir selbst aus geographischen und ökonomischen Gründen auf absehbare Zeit nicht bearbeiten konnten; Beispiele dieser Art sind die bekannten Waldkonzessionen im fernen Osten und Norden. **Jetzt aber vergeben wir auch Konzessionen auf Gebieten lebenswichtiger Industrien.** Ich nenne hier nur die Oelindustrie im Gebiet von Baku-Grosny, die Kohlen- und Eisenerzindustrie im Donezbecken und in den Gebieten von Krivoyrog und Kertsch. Hinsichtlich politischer Garantien für die Konzessionäre möchte ich betonen, daß ich mir keine besseren Garantien dieser Art denken kann, als unsere Verpflichtungen strikt innezuhalten. Die tatsächlichen Schwierigkeiten bei den Konzessionen liegen denn auch nicht in den Garantien, sondern in der Arbeiterfrage. Die Konzessionäre sind natürlich angesichts der Valutadifferenz imstande, ihren Arbeitern höhere Löhne zuzugestehen, als sie der russische Tarif vorsieht, was unsere Industrie naturgemäß schädigen muß. Schwierigkeiten bereiten ferner die Probleme der Lebenshaltung der Arbeiter, die Abgrenzung der Gewerkschaftsvorschriften, die Lebensmittel- und andere Hilfen, sowie endlich die Verpflanzung qualifizierter Arbeiter.

Wie groß die Aussichten der Waldkonzessionen sind, ist ja allgemein bekannt, weniger bekannt sind die enormen Möglichkeiten, die sich aus den Landwirtschaftskonzessionen ergeben. Ungeheure Landstrecken im Don-Orenburg- und Transwolgagebiet sind nur im Großbetrieb mit Traktoren zu bearbeiten. Sie fragen mich nach den Garantien für ausländische Kapitalisten? Reale Garantien sind unser Bedürfnis nach ausländischem Kapital und nach technischer Hilfe des Auslandes. Noch auf Jahre hinaus wird Rußland von der Hilfe ausländischer Konzessionäre abhängen. Im eigensten Interesse schlagen wir daher zu Konzessionen nicht schon ausgeschöpfte oder nennenswert ausgebeutete Bezirke vor, im Gegenteil, **wir bieten einige unserer reichsten Lager an Eisen, Kohlen und Oel an. Wir wollen den Auslandskonzernen die besten Aussichten geben** und sind z. B. bereit, Konzessionen im Belokalitwenskigebiet und im Donezbassin zu vergeben, die kaum angegriffene, enorme Lager hochwertiger Kohle besitzen. Unsere Absicht geht dahin, diese Kohle mit den Erzlagern von Kertsch zu kombinieren. **Wir sehen ein, daß wir für viele Jahre unfähig sind, unsere reichsten Erzlager zu erschließen.** Indes ist für die gesunde Entwicklung Rußlands die größtmögliche Ausbeutung dieser Lager durch die Konzessionäre für uns ein absolutes Erfordernis."

Zum Schluß der Unterhaltung wies Lomow die Gerüchte zurück, die von einer engen Verbindung der Sowjets mit Hugo Stinnes wissen wollten. Er sagte wörtlich hierüber: „Wir werden keinen Tag zögern, wenn Vorschläge von dort kommen. Die Konzessionen haben für Stinnes größtes Interesse, und zweifellos dürften ihm kombinierte Kohlen-Eisenkonzessionen höchst anziehend erscheinen. Aber ich kann nur sagen, daß positiv bis jetzt keine Konzession an ihn vergeben worden ist." Endlich teilte Lomow über den deutsch-russischen Handelsvertrag noch mit, daß die Arbeiten daran günstig fortschreiten. Alle Meldungen der ausländischen Presse aber, daß dieser Vertrag für Deutschland günstiger sei als der russisch-englische für England, entbehrten jeglicher Grundlage. Das englisch-russische Abkommen stelle die Grenze dessen dar, was Rußland überhaupt zugestehen könne.

Die Unantastbarkeit des amerikanischen Eigentums.

OE. Reval, 23. April.

Der Petersburger „Machowik" veröffentlicht eine Erklärung des Revaler Sowjetvertreters Litwinow, worin die Unantastbarkeit des Eigentums der Amerikaner garantiert wird, die die Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland aufgenommen haben.

Der Orgesch-Koch

Der Reichsminister des Innern, Herr Koch, seines Zeichens ein Demokrat, hat vor einigen Wochen dem Freistaat Bremen die Reichsexekutive angedroht, für den Fall, daß der Beschluß der Bürgerschaft, die Bremer Orgesch aufzulösen, durchgeführt werde. Unter dem Druck dieser Drohung hat dann die Bremer Bevölkerung sich einschüchtern lassen, es wurde ein orgeschtreuer Senat gewählt. Herr Koch, damit noch nicht zufrieden, hat jetzt sein Tätigkeitsfeld nach Thüringen verlegt. Dort ist unter dem republikanischen Führer Major Müller-Brandenburg eine republikanische Sicherheitspolizei gebildet worden. Die Reaktionäre, die zwischen Bayern und Preußen eine Brücke schlagen wollen, um den Aufmarsch der Orgesch einheitlich durchführen zu können, hetzen dieserhalb seit Monaten gegen Müller-Brandenburg.

Herr Koch, der die konterrevolutionäre bayrische Reservearmee, die 320 000 Mann starke, gut ausgerüstete und militärisch einexerzierte Einwohnerwehr mit ihren Führern Escherich, Ludendorff und Ehrhardt, für nicht gefährlich erachtet, sieht die Republik durch eine republikanische Sicherheitstruppe von 1000 Mann bedroht! Er ist den Einflüsterungen reaktionärer Denunzianten erlegen. Er hat den monarchistischen Beamten, den Oberregierungsrat Wagner, nach Thüringen geschickt, um „Ordnung" zu schaffen, und dieser Mann stellte sich der thüringischen Landesregierung mit folgenden Worten vor:

„Meine Herren, Sie müßten doch einsehen, daß man darauf hinarbeiten muß, daß in Deutschland die Monarchie baldigst wiederhergestellt werden kann."

Um die Wiederherstellung der Monarchie zu betreiben, beurlaubte dann der famose Regierungsrat den Major Müller-Brandenburg. Dieser hat zu dem Fall jetzt folgende Erklärung abgegeben:

„Die Treibereien gewisser Kreise im Lande gegen mich, haben das Reich auf den Plan gerufen. Das Reich hat gegen mich eine Untersuchung wegen staatsgefährlicher Umtriebe eingeleitet. Um dieser Untersuchung den Lauf zu lassen, habe ich auf Anraten des Ministers Brandenstein Urlaub bis zum Abschluß der Untersuchung genommen. **Da ich ein reines Gewissen habe, habe ich gar keine Veranlassung, mich mit Rücktrittsgedanken zu beschäftigen."**

Soweit Herr Müller-Brandenburg. Herr Koch und seine reaktionären Orgeschgesellen betreiben allerdings die Beseitigung des republikanischen Polizeimajors. Herr Koch, der „Demokrat", will sich bei den Monarchisten beliebt machen, weil ihm ein Ministerposten wertvoller erscheint, als das Amt eines Bürgermeisters. Also mißbraucht er sein Amt im Dienste der Monarchie. Die bayrischen Einwohnerwehren, die wirklich einen Gefahrpunkt in der Republik bilden, duldet er. Gegen die Republikaner betreibt er eine gewissenlose Hetze. Dieser Orgesch-Koch ist ein besonderes Zierstück der Reichsregierung. Kein Wunder, daß er sich die Gunst aller Reaktionäre im Fluge erobert hat.

*

In dieser Angelegenheit verbreiten die V. P. N. eine Meldung, wonach die Schritte des Reichsministerium des Innern in Sachen der thüringischen Landespolizei auf die Anzeige eines Angehörigen der S. P. D. erfolgt seien. Der Beauftragte des Reichsministeriums habe in voller Uebereinstimmung mit der thüringischen Staatsregierung gehandelt. Die Klagen über linksradikalen Terror innerhalb der thüringischen Landespolizei seien besonders von Mitgliedern der S. P. D. ausgegangen. Die Worte, die dem Vertreter des Reichsministeriums des Innern bezüglich der Monarchie in den Mund gelegt werden, seien selbstverständlich nicht gefallen.

Der geheimnisvolle „Ferry"

Die Behauptung der Verteidiger im Prozeß gegen die Siegessäulen-Attentäter, daß es sich bei dem geheimnisvollen „Ferry" um einen gewissen Haering handele, der in Mitteldeutschland tätig sei, hat sich bestätigt. „Ferry"-Haering ist seit dem 1. April im Gefängnis in Halle festgesetzt wegen Beteiligung an den Unruhen in Mitteldeutschland. Er gab bei seiner Vernehmung durch einen Berliner Polizeibeamten zu, den Anschlag auf die Siegessäule in die Wege geleitet zu haben, und zwar auf Anregung eines gewissen Pieper. Mit aller Entschiedenheit stellt Haering die Behauptung der kommunistischen Andeutung, daß er Polizeispitzel sei, in Abrede. Die Berliner Polizei hat dafür gesorgt, daß Haering sofort nach seiner Aburteilung in Halle nach Berlin gebracht wird, wo er zusammen mit Pieper wegen seiner Beteiligung an dem Siegessäulen-Attentat vor dem außerordentlichen Gericht abgeurteilt werden wird.

Japanische Spende für die deutschen Kinder. Der Besitzer der weitverbreiteten japanischen Tageszeitungen „Tokyo Nichi Nichi" und „Osaka Mainnichi", Herr Motoyama, hat zur Linderung der Not deutscher Kinder 300 000 Mark geschickt.

Steuerzahlen ist Wahnsinn!

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Steuerausschusses stand die Weiterberatung der Novelle zum Reichsnotopfergesetz. Bevor jedoch in die Tagesordnung eingetreten wurde, wünschte der Abg. **Helfferich**, daß die Regierung die Finanzämter anweise, eine allgemeine Terminverlängerung für die Abgabe der Einkommensteuererklärung zu verordnen. Helfferich forderte ferner Maßnahmen, die der zu hohen Einschätzung der Landwirte (!!) durch Festsetzung von Normalreinerträgen entgegenwirken. Staatssekretär Zapf sprach sich entschieden gegen die Terminverlängerung aus, die die ganze Arbeit der Finanzämter empfindlich stören würde. Im Einzelfall sei ja die Verlängerung sowieso möglich. Abg. Dr. **Hertz** erhob ebenfalls entschieden Einspruch gegen das Helfferichsche Verlangen. Die Verlängerung des Termins würde von den Besitzenden zur Ausprobung neuer Steuerhinterziehungsmöglichkeiten benutzt werden. Dieselbe Wirkung würde die Festsetzung von Normalreinerträgen für die Landwirte haben. Auch den Lohnempfängern werde die Steuererklärung nicht leicht. Trotzdem würden sie deshalb kein großes Geschrei erheben, wie es die Landwirte tun, die, wie wohl unbestritten sei, in der Regel sich viel zu niedrig veranlagen. Wenn aber überhaupt über das Veranlagungsverfahren geredet werde, dann müsse er vor allen Dingen die höchst einseitige Zusammensetzung der Steuerausschüsse bemängeln. Den genauen Nachweis über ein solch einseitiges Vorgehen z. B. der Berliner Finanzämter, das das Vertrauen zu den Steuerausschüssen vollständig untergrabe, behalte er sich für eine der nächsten Sitzungen vor. Der volksparteiliche Abg. Dr. **Becker** hielt eine Fristverlängerung für die Veranlagung für zweckmäßig, ebenso der deutschnationale Agrarier **Schiele**. Seine Ausführungen brachten einen heftigen Zusammenstoß mit der Linken, da er jede Kritik an der Steuerleistung der Landwirte mit dem provozierenden Einwand: davon verstünden die Kritiker nichts, zurückwies. Nach ihm ist die Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen ohne die genaue Unterweisung der Berufsorganisationen der Agrarier (!!) Wahnsinn! Das heißt also, er will keine Veranlagung, bevor nicht die landwirtschaftlichen Organisationen ihre Mitglieder in der Kunst der Steuerhinterziehung ausgebildet haben.

In welchem Maße das ohnedies heute geschieht, ließen spätere Darlegungen des Staatssekretärs Zapf erkennen. Er teilte mit, daß von der Landwirtschaft gegen die Veranlagung zum Reichsnotopfer überaus zahlreiche Einsprüche eingegangen sind, und zwar fast ausnahmslos unter Benutzung hektographierter Formulare! Das ist das Ergebnis der planmäßigen Arbeit der landwirtschaftlichen Organisationen auf Sabotage des Reichsnotopfers. Sollte nicht auch der Vorstoß der Deutschnationalen im Steuerausschuß, der anstatt die Beratungen des Reichsnotopfers in Angriff zu nehmen, sich wieder mit der Erörterung bereits erledigter Dinge beschäftigt, den gleichen Zwecken dienen? Darf man das Schweigen des Zentrums und der Demokraten als Zustimmung dazu deuten, oder haben sie die Absicht, sich diesem gefährlichen deutschnationalen Beginnen zu widersetzen?

Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau

Die „Rote Fahne" berichtet

Und wie berichtet sie. Zunächst stellt sie fest, daß nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung" die Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau folgendes Ergebnis hatten:

„Gewerkverein christlicher Bergarbeiter 13 313, Alter Verband 22 101, Unionisten 11 829 Stimmen. Die Polen erzielten auf 10 Schachtanlagen 976 Stimmen, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine auf 7 Schachtanlagen 471 Stimmen."

Diesem Bericht fügt sie hinzu:

„In den Bezirken Recklinghausen, Bochum, Bottrop, Gelsenkirchen, Oberhausen und Dorsten stellt sich das Wahlergebnis bisher wie folgt: Gewerkverein christlicher Bergarbeiter 24 997, Alter Verband 45 988, Polen 10 113, Unionisten 40 672."

Was ist nun daran richtig, und wie soll sich der harmlose Leser daraus einen Vers machen? Gelten die zuerst genannten Zahlen, bei denen der alte Verband, um nur ein Beispiel zu nennen, 22 101 Stimmen erhalten hat, für den ganzen Grubenbezirk, wie können dann die Zahlen in dem zweiten Bericht zutreffen, nach denen die einzelnen Verbände in einem Teil des gesamten rheinischen Gebietes das Vielfache der Stimmenzahlen aus der ersten Meldung aufweisen? Dieser Versuch, unvereinbare und widerspruchsvolle Meldungen miteinander zu verkoppeln, sieht einer absichtlichen Irreführung der Oeffentlichkeit ungewöhnlich ähnlich. Die oberflächlichste Prüfung aller Meldungen über die Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau ergibt nämlich, daß sie alle nicht stimmen, weil sie unvollständig sind. Das endgültige Ergebnis liegt noch nicht vor. Auch die „Rote Fahne" macht darauf aufmerksam, was sie aber nicht hindert, aus dem vorläufigen Ergebnis bereits endgültige Schlüsse zu ziehen.

Das Blatt meint nämlich, die „Menschewisten" haben Grund, Trauer anzulegen, weil das Ergebnis für die „Bolschewisten" so glänzend sei, während wir in der „Freiheit bereits vor einiger Zeit eine große Niederlage der Bolschewisten verkündet hätten. Das Ergebnis der Wahlen sei aber schon jetzt ein Sieg der Bolschewisten, und das Endergebnis werde wohl noch viel günstiger sein.

Wir haben allerdings vor einiger Zeit eine Niederlage der Kommunisten festgestellt, die nach den ersten Meldungen, die über die Wahlen vorlagen, nur ganze 14 Mandate hatten. Das ist jetzt noch schlimmer geworden, denn in den von uns nach der „Roten Fahne" zitierten Meldungen werden sie überhaupt nicht mehr genannt. Dagegen haben wir auch schon damals festgestellt, daß die Unionen zweifellos einen Erfolg davongetragen haben. Er steht auch jetzt fest, obwohl abzuwarten bleibt, ob er so bedeutend sein wird, wie die „Rote Fahne" ihn schildert, oder ob diese Meldungen den Tatsachen allzu weit vorauseilen. Wir haben seinerzeit ferner festgestellt, daß nicht die Keimzellen der V. K. P. D. die kommunistische Opposition gegen die Gewerkschaften darstellten, sondern die in den Unionen bereits organisierten Zerstörer der Gewerkschaften. Auch das tritt jetzt noch viel deutlicher zutage, denn die Zellenbrüder sind, wie schon gesagt, vollends verschwunden, während die Unionen von neuem angewachsen sind. Und außerdem bezeichnet die „Rote Fahne" diese Unionisten jetzt schlechtweg und ohne Umschweife als die „Bolschewisten". Womit sie wieder einmal ihre Sympathie für die Zerstörer der Gewerkschaftseinheit zum Ausdruck bringt und abermals zu verstehen gibt, daß **die Kommunisten mehr und mehr ihre Hoffnungen auf die von den Unionen beliebte Gewerkschaftstaktik setzen.** Was wir vorausgesagt haben, bewahrheitet sich also immer mehr. Diese Feststellung lohnt sich immerhin, wenn auch sonst eine Auseinandersetzung mit der „Roten Fahne" stets auf völlig unfruchtbaren Boden fällt.

Billige Angebote

Drei hervorragende Waschmittel

Dreiring-Sprühsoda doppelt so stark wie Kristallsoda, Paket 1⁰⁰
Dreiring-Seifenpulver Friedensqualität .... Paket 2²⁵
Dreiring-Seife soda- und wasserfrei .... Paket 4⁰⁰

Lederwaren

Geld-Taschen
für Damen und Herren aus echtem Leder
5.75 8.75 11.75 14.75

Besuchs-Taschen
in vielen Farben aus echtem Leder gearbeitet
27.50 39.50 48.00 75.00

Damen-Taschen
grosse Formen, aus echtem Voll-Leder
65.00 85.00 96.00 120.00

Zephir für Blusen, in verschiedenen Streifen .... Meter 11.50
Waschflanell für Knabenblusen, in verschiedenen Streifenstellungen .... Meter 12.50
Einfarbige Kleiderstoffe reine Wolle, doppelbreit ... Meter 39.50
Crepelin mit feinen Nadelstreifen, moderne Farben, etwa 110 cm breit Meter 58.00
Modefarb. Kostümstoff reine Wolle, etwa 130 cm breit .... Meter 82.00
Lack-Schnürschuhe für Damen, Einzelpaare 169.00
Hochschaft-Schnürstiefel f. Damen, Lackbesatz, Rahmenarbeit, Einzelpaare 198.00
Boxkalf-Stiefel braun, Original Goodyear-Welt, mit durchgehender Doppelsohle 298.00

Galanteriewaren

Porzellan-Vasen bunt dekoriert 4.75
Brotkörbe stark versilbert oder vermessingt, etwa 24 cm Durchm. 27.50
Porzellan-Uhren mit gutgehendem Werk, versch. Muster 37.50
Tabletts oval, rund, eckig, mit bemalter, gestickter u. geschliff. Einlage und fl. poliert. Holzrahmen u. Metallgriffen 17.50 bis 95.00
Alpaka-Taschen la Geflecht 189.00 198.00
Silberne Besteck-Teile 800/000 12.50 17.50 19.50
Zigaretten-Etuis gut versilbert 19.50

HERMANN TIETZ

Seidenfrotté in vielen Farben, etwa 100 cm breit.. Meter 24.50

Im Komödienhaus, heute, Dienstag:
Zum 150. Male: **Die Sache mit Lola**
Der erfolgreichste Schwank mit **Max Pallenberg**, Hermann Picha, Leonhard Haskel, Frieda Lehndorff, Ortrud Wagner, Heinz Stieda, Charlotte Ander, Heinz Alexander.

Achtung! Arbeiterräte!
Einige hundert Rm. trocknes Knüppel- und Astholz zu M. 48,- p. Rm. ab Lagerplatz bietet an:
Kohlenkontor Wedding G. m. b. H.
N. 39, Fennstr. 22-26
Tel. Moabit 7058

Am 24. April starb nach kurzem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, der Gastwirt

Albert Knapp

Gesundbrunner Straße 6, im Alter von 66 Jahren.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. April, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle der freireligiösen Gemeinde, Pappelallee, aus statt.

Emilie Knapp und Kinder.

Volksbühne
7 U.: Käthchen von Heilbronn

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7 Uhr: Rose Bernd

Staatstheater.
Opernhaus
7 Uhr: Versiegelt
Joseph-Legende
Schauspielhaus
7 Uhr: König Richard III

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7 Uhr: Cäsar u. Kleopatra
Kammerspiele
7 Uhr: Die deutsch. Kleinstädter
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 Uhr: Ein Sommernachtstraum
(Außer Abonnement)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
Täglich 7.30 Uhr: Das Lustspiel:
Rugby
(Steinrück, Güßner, Illet, Steinner, Marba, Botz, Schlegel)

Komödienhaus:
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Sache mit Lola
mit Max Pallenberg

Berliner Theater:
Allabendlich 7.15 Uhr:
DAS Milliarden SOUPER
Hilde Wörner, Ralph Arthur Roberts, Mizi Gizel, Herb. Kiper, Paul Rehkopf

Trianon-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Rosen
von Hermann Sudermann
(Olga Limburg, Carola Toelle, Käthe Haack, Falkenstein, Wallentin, Schroth, Bendow)

Residenz-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Das Privileg
(Paul Wegener, Lucie Höflich, Ilka Grüning, Ad. Edgar Licho)

Kleines Theater
7½ Uhr: **Nur ein Traum**
Lustspiel von Lothar Schmidt.
(Olga Limburg, Eugen Burg)

Thalia-Theater
7½ Uhr: **Mascottchen**

Komische Oper
Allabendlich 7½ Uhr:
Luderchen

½8 **Folies Caprice** ½8
am Oranienburger Tor
Am Badestrand
mit Ferd. Gränecher

Theater am Nollendorfplatz
7 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
Dienstag 7 U.: Neueinstudiert:
Gespenster
Lossen, Reighert, Abel, Göh, Loos
Mittwoch 7½ U.: Gespenster
Donnerst. 7½: Ein idealer Gatte
7 Uhr: Peer Gynt

Deutsch. Künstl.-Theater
Heute 7½ Uhr:
Die Marquise von Arcis
(Konstantin, Seibt)
Mittwoch 7 U.: Neueinstudiert:
Die selige Exzellenz
(Adalbert Junkermann, Müller)
Donnerstag bis Montag 7½:
Die selige Exzellenz

Walhalla-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Fledermaus

Rose-Theater
7½ Uhr:
Im Café Noblesse

½8 **Casino-Theater** ½8
Bollrich & Sohn
Stg. 3½ Uhr: Höllenqualen

Theater a. Kottb. Tor
Tel. Moritzplatz 16077
Tägl. 7½, u. z. halb. Preis.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
April-Jubiläums-Programm
Vorverk.: 11–1½ u. 4–6 Uhr

Königstadt-Theater
Alexanderstr. 21 Bhf. Jannowitzb.
Täglich 7.30 U.: **Gloria-Sänger**

7½ **Apollotheater** 7½
Friedrichstraße 218
Gastspiel des Wiener Ronacher-Theaters mit
Erich Kaiser-Titz
sowie
8 weitere Sensationen

METROPOL
Behrenstraße 54.
präz. 7½ Uhr:
12 Schlager

SCALA
LUTHERSTRASSE
Nur noch 5 Tage
Gunnar Tolnaes
und das
Internationale
Varieté-Programm
Allabendlich 7.30

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Täglich:
BALL

Schokoladen
100 gr. Tafel M. 3.30
100 gr. Cream „ 3.75
Schokoladenplätzchen
Schneider, Rodenbergstr. 9

Spezial-Behandlung für alle **Geschlechtskrankheiten**
bei Männer u. Frauen schnell, schmerzlos u. mögl. ohne Berufsstörung
Heilanstalt **C. Weissert**, Brunnenstraße 181 Nähe Rosenthaler Platz.
Viele Jahre in Krankenhäusern und Kliniken tätig gewesen.
Sprechst. 10–12 u. 4–7. Sonntags 10–12. Untersuchung kostenlos.

Kapitän-Kautabak
wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Verkaufsstellen
C. Röcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22. Kgst. 3861

Die Sozialistische Genossenschaft
Sozialistische Halbmonatsschrift für die gesamte Genossenschaftsbewegung. Prospekt und Probenummer kostenlos durch
J. Becker, Gera-Reuß, Waldstraße 46

Cognac, deutsche erstklassige Fabrikate, echt französische Cognacs, **Jamaika-Rum**, Liköre, garant. m. Zucker hergestellt, **Portwein, Malaga, Bordeaux- u. Rheinweine.** Beste und billigste Bezugsquelle für Cafés und Restaurants
Bernhard Brauer,
Weingroßhandlung,
Berlin SW. 68, Friedrichstr. 207.
Filiale: Invalidenstr. 111,
Amt Zentrum 840.

Dringend gesucht:
Kupfer, Messing, Blei, Zink, Zinn, Lagermetall, Quecksilber
Stromstr. 48, Hof, Moabit 7559

BONBONS
eingetroffen,
sowie diverse Schokoladen, Stanialstangen, Pralinen,
Negerküsse 72.–
Orienthol 8½,
Nur für Wiederverkäufer
Max Kampfhenkel, [illegible]
NEUKÖLLN, Oker Str. 42

Hoher Verdienst!
für jedermann durch Verkauf von Maifeierabzeichen. W. Spors, Berlin N 39, Wildenowstr. 18 a II.

Homöopath. Institut Meissner
Müggelstr. 25 am Bahnh. Frankf. Allee. Haut-, Harn-, Geschlechts- u. Frauenleid., nervöse Schwäche, Spez. veralt. Fälle b. schneller, sich. u. schmerzl. Behandl. ohne Berufsstörung. Ausk. kostenl. Harn- u. Blutuntersuch. 10–1, 5–8, Donnerst. u. Sonnt. 11–12.

Offene Füße
Krampfadergeschwüre, auch veraltete schmerzh. Wunden, Entzündung m. unerträgl. Jucken heilt ohne Nachteil lt. vielen Erfolgsberichten die milde u. wohltuende „Orlinda-Salbe", M. 14.50 u. 8,–. Otto Reichel, Bln. 46, Eisenbahnstraße 4.

Trauring
Dukaten-Gold,
900 gestempelt,
schon für 80 M.!
fugenl., massiv, nur bei mir erhältl. 333/585 gestempelt, von 25 Mark aufwärts, bis zu den feinsten Ausführungen. Jede Größe am Lager. Namen umsonst und gleich mitzunehmen!
Deutschlands einziges Spezialhaus für Trauringe
Eigene Fabrik
Verkauf direkt an Private. Versand nach auswärts. Katalog gratis!
G. Alb. Thal
C 19, Seydelstraße 5

Seifenhändler!!
Kern- und Toilettenseifen, Walsan-Wagner, Friesterhöfer, Lanolinschuhcreme, Pfeilringseif. Seifenpulver (rote Packungen). Besuchen Sie mein Lager (8–7, Sonntag 8–1).
Hampe, Brunnenstr. 182 (Hof)

Allgemeine Ortskrankenkasse Neukölln

Am Freitag, 6. Mai 1921, abends 7 Uhr, findet im Kassenlokal Ideal-Passage 11, II. Etage, die

ordentl. Ausschuß-Sitzung

statt, zu welcher die Herren Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten hiermit eingeladen werden.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das abgelauf. Geschäftsjahr.
2. Antrag des Vorstandes auf Verschmelzung mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse Britz.
3. Antrag des Vorstandes auf Aenderung der Satzung.
4. Antrag des Vorstandes auf Aenderung der Dienstordnung
5. Verschiedenes.

Der Vorstand:
Hesse, Vorsitzender.

Zur Beachtung! Die den Herren Vertretern zugesandte Einladung gilt als Legitimation und ist beim Eintritt in die Versammlung zwecks Eintragung in die Anwesenheitsliste vorzuzeigen.

Anträge und Beschwerden, bei denen die Einsichtnahme der Akten erforderlich ist, sind spätestens 3 Tage vor der Versammlung dem Kassenvorstand schriftlich mitzuteilen.

Möbelfabrik „Metropol"
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Berlin NO., Palisadenstr. 47

Liquidations-Bilanz 1920.

Aktiva

Kassa-Bestand	507.53
Debitoren	9 349.45
Maschinen u. Inventar	36 960.–
Material	23 866.–
Waren	3 026.–
Kapital-Separat-Kto.	600.–
	M. 74 296.76

Passiva

Kapital-Einzahlungen	18 000.–
Kreditoren	48 730.–
Reserve-Konto	3 000.–
Umsatzsteuer 1920 . .	3 958.76
Gewinn	608.00
	M. 74 296.76

Mitgliederbestand am 31. Dezember 1919: 7, ausgeschieden 1, mithin Bestand am 31. Dez. 1920 6 Gen. Die Geschäftsguthaben der Genossen betrugen am 31. Dezember 1919: 21 000 M., am 31. Dez. 1920: 18 000 M., mithin vermindert um 3000 M. Die Gesamthaftsumme betrug am 31. Dezember 1920: 180 M.

Die Genossenschaft ist durch Beschluß der Generalversammlung v. 23. 11. 20. aufgelöst. Wir fordern etwaige Gläubiger auf, sich bei uns zu melden.

Berlin, d. 23. April 1921.

Die Liquidatoren:
Albert Wohlrath. Franz Böhme.

Wichtig für Seifenhändler
Kernseifen — Schmierseifen
Toiletteseifen — Salmiakterpentinseifenpulver
zu außerordentlich billigen Preisen.
Chemische Fabrik „Alwatrieb"
Vertreter werden gesucht.

Zum 1. Mai

Wir demonstrieren!

5 Lieder für Massengesang
50 Pfennig

Organisationen und Händlern hoher Rabatt

Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2
Breite Straße 8-9

Genossen werbt Abonnenten für die „Freiheit"

Die Kommunistische Internationale

(Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale)

Nr. 15

Inhalt: Karl Liebknecht: Aufsätze aus dem Gefängnis. — **Karl Radek:** Die Fragen der Weltrevolution in der Beleuchtung des internationalen Menschewismus. — **G. Sinowjew:** Menschewismus, Kommunismus und die Weltrevolution. — **N. Bucharin:** Ueber die Offensivtaktik. — **D. Manuilski:** Ueber die Verhandlungen in Riga. — **H. Barbusse:** Die Pflicht des Sozialisten. — **N. Lenin:** Falsche Reden über die Freiheit. — **M. Pawlowitsch:** Im Lande der gelben Internationale. — **M. Zchakaja:** Georgien und Armenien, die Entente und Sowjetrußland. — **G. Safarow:** Der Orient und die Revolution. — **Aufrufe des Kongresses der Völker des Ostens:** Aufruf an die Völker des Ostens. — Aufruf an die Arbeiter Europas, Amerikas und Japans. — **E. Varga:** Die politische und soziale Lage des englischen Weltreichs. — **Jaques Sadoul:** Die Verbannung der Fürsten. — **W. Kolarow:** Die Oktoberrevolution. — **Hulla:** Die Spaltung in der tschechoslowakischen Sozialdemokratie. — **Ein finnischer Kommunist:** Die Lage in Finnland. — **J. Herzog:** Die revolutionäre Bewegung in der Schweiz. — **W. Newski:** Die Arbeit der Kommunistischen Partei auf dem Lande. — **N. Krupskaja:** Die Hauptstelle für politische Aufklärung. — **N. Podwoiski:** Die allgemeine militärische Ausbildung. — **Der Internationale Rat der Roten Gewerkschaften: A. Losowski:** Amsterdam, Moskau, London. — **G. Dmitroff:** Die gewerkschaftliche Bewegung in Bulgarien. — **W. Jarezki:** Der Internationale Gewerkschaftsrat. — **Dokumente der internationalen kommunistischen Bewegung.** — **Von der Tätigkeit des Exekutivkomitees der kommunistischen Bewegung.** — **Die Sektionen der Kommunistischen Internationale.** — **Helden und Märtyrer der proletarischen Revolution.** — **Internationale kommunistische Frauenbewegung.** — **Illustrationen: Raymond Lefèvre. — Ines Armand.**

555 Seiten / Preis 7 Mark

Zu beziehen durch die
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley / Hamburg 11

Zum 1. Mai

Postkarten
mit Portraits sozialistischer Führer
pro Stück **30** Pfennig

Wiederverkäufern hoher Rabatt

Buchhandlung
„Freiheit"
Breite Straße 8/9

Wanderkarten

für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandl. „Freiheit", Breite Str. 8/9

Groß-Berlin

Die Steuererklärung

Dem Menschen, der den Staat bepinkt,
Das Herz in die Behosung sinkt.
Er soll den p. t. Steuerstellen
Sein Innres auseinander pellen.

Wo, wann und wie man ihn gebor'n,
Was späterhin aus ihm gewor'n,
Ob er zu Reichtum kam (durch Schieben),
Ob er ein armer Kerl geblieben.

Ob ledig er, ob er verdammt
Zum lebenslangen Standesamt,
Wie oft der Klapperstorch beflissen
Die Gattin in das Bein gebissen.

Ob er ein Heim sein eigen nennt,
Ob er als Schlummerbutsche pennt,
Ob er als Wirt mit frohem Grinsen
Verbucht die monatlichen Zinsen.

Was er verdient mit Hand und Grips
(Nicht mogeln sonst geht's an den Schlips!)
Wieviele braun und blaue Lappen
In seiner Lederpadde schwappen.

Ob ihm in dem verflossnen Jahr
Das Glück im Lotto günstig war,
Ob er von Onkeln oder Tanten
Ererbte einen mächt'gen Kanten. —

Das alles soll das arme Huhn
Dem Steuermann zu wissen tun.
Ja ja, da hilft kein Beinestrampeln
Und kein Vermimpeln und Vermampeln!

Altro in der „Welt am Montag“.

Unsoziale Verkehrspolitik

Die Verwaltung der Reichseisenbahnen plant vom 1. Juni d. J. ab eine außerordentliche Erhöhung der Preise für Monats- und Wochenkarten. Bei zwanzig Kilometer Entfernung soll eine Monatskarte dritter Klasse 78 Mark und eine Wochenkarte 29 Mark kosten, bei fünfzig Kilometern ist der Preis für die Monatskarte auf 195 Mark und für die Wochenkarte auf 65 Mark festgesetzt. In einer Anfrage an den Reichstag über diese Angelegenheit ist ausgerechnet, daß ein Familienvater mit zwei in der Lehre befindlichen Kindern, welcher nur 20 Kilometer von der Arbeitsstätte entfernt wohnt, monatlich 254 Mark oder wöchentlich gar 87 Mark zu zahlen hat; ist die Entfernung von seiner Arbeitsstätte aber 50 Kilometer, so müßte er monatlich 585 Mark oder wöchentlich 195 Mark für die Bahnfahrt ausgeben.

Es braucht wohl garnicht erst nachgewiesen zu werden, daß die Eisenbahnverwaltung von den Arbeitern nur für die Beförderung zur Arbeitsstätte Summen verlangt, die diese niemals aufbringen können. Die für die Erhaltung der Volksgesundheit so außerordentlich wichtige Bewegung, die dahin geht, nicht mehr in Großstädten, sondern möglichst auf dem Lande zu wohnen, wird dadurch wesentlich beeinträchtigt. Die Absichten der Eisenbahnverwaltung könnten einen fast glauben machen, als lege es der Eisenbahnminister darauf an, die Benutzung des für alle Bevölkerungsschichten nötigen Verkehrsmittels nur den oberen Zehntausend vorzubehalten; denn die Arbeiterfamilie, die bei dem jetzt gezahlten durchschnittlichen Wochenlohn von 250—300 Mark allein für die Bahnfahrt 195 Mark wöchentlich ausgeben kann, existiert wohl nur in der Vorstellung der Rechenkünstler in den Bureaus der Eisenbahnverwaltung.

Während die Eisenbahnverwaltung eine merkwürdige Tätigkeit entwickelt in der Errechnung von Tarifen, die kein Mensch bezahlen kann, ist sie auf der anderen Seite sehr großzügig in Versprechungen, die aber von ihr nicht eingehalten werden. Die Tagespresse wird immer bombardiert mit Beschlüssen der Bahnverwaltung über die Ausdehnung des Vorortverkehrs. So wurde bereits im vorigen Jahre der Oeffentlichkeit mitgeteilt, daß die Einrichtung des Vorortverkehrs nach Kremmen und Werneuchen beschlossen sei, nur über den Zeitpunkt sei man sich noch nicht einig. (Wann wird wohl diese Einigkeit herbeigeführt?) Ebenso sind die Versprechungen über Einrichtung des Vorortverkehrs auf den Strecken nach Zossen—Jüterbog und Wustermark nicht eingehalten worden.

Die Eisenbahnverwaltung kündigte vor kurzem an, daß die Wiedereinführung der Sonntagsrückfahrkarten zu ermäßigten Preisen beabsichtigt sei. Wenn diese Absicht zur Tat wird, so würde das endlich ein Stück Verkherspolitik bedeuten, wie sie in jeder Beziehung betrieben werden soll: nämlich Vermeiden jeder Maßnahme, die eine Einschnürung des Verkehrs zur Folge haben könnte; dagegen Vorkehrungen, um den Eisenbahnverkehr zu fördern. Daß jede Erhöhung von Tarifen, noch dazu so unglaubliche wie die beabsichtigte der Reichseisenbahnen, zum Nachlassen des Verkehrs geführt hat, hat man doch in den letzten Jahren oft genug beobachten können. Statt daraus eine Lehre zu ziehen, trifft die Eisenbahnverwaltung Maßnahmen, die die schwerste Schädigung der erwerbstätigen Bevölkerung bedeuten, jede Siedlungspolitik unmöglich machen und zugleich einen Rückgang des Verkehrs zur Folge haben müssen. Hoffentlich gelingt es den Anstrengungen, die man im Reichstage machen wird, die Eisenbahnverwaltung von einer derartig unsozialen Verkehrspolitik abzubringen.

Ein Meisterstück der Eisenbahnbureaukratie

Von einem Leser unseres Blattes, der in Berlin arbeitet, aber außerhalb wohnt, erhalten wir eine Zuschrift über ein Verkehrskunststück, unter dem eine große Anzahl von Arbeitern empfindlich leiden. Wenn diese Zustände nicht von einem Arbeiter mitgeteilt würden, der täglich gezwungen ist, diese Strecke zu benutzen, würde man die Schilderung für einen schlechten Scherz halten, so muß man aber darüber staunen, was die Eisenbahnbureaukratie alles fertig bringt. Wir geben der Zuschrift Raum:

Ein großer Teil der in Großköris, Großbesten und weiter nach Halbe zu gelegenen Stationen wohnenden Bevölkerung ist in Groß-Berlin tätig. Um rechtzeitig ihre Arbeitsstelle zu erreichen, sind sie genötigt, den Arbeiterzug, welcher morgens 6,25 Uhr in Königswusterhausen eintrifft und hier endet, zu benutzen. Zur Weiterfahrt müssen sie den sehr überfüllten Vorortzug nach Berlin, Görlitzer Bahnhof, besteigen. Durch Umsteigen und Warten auf dieser Station geht immer etwas Zeit verloren, die am Lohn abgezogen wird. Warum wird dieser nur von Arbeitern benutzte Fernzug nicht bis Schönweide durchgeführt? Warum muß der ganze Zug einschließlich des dazu gehörigen Personals den ganzen Tag über still liegen?

Doch mit der Rückfahrt ist es ebenso. Ja, man kann sagen, daß die wohllöbliche Eisenbahndirektion hier noch viel mehr dem heimfahrenden Werktätigen seine Zeit stiehlt. Die meisten größeren Firmen haben als Schluß der Arbeitszeit drei Uhr festgesetzt, wobei für die Arbeiter meist die Stationen ab Niederschöneweide in Frage kommen. Ein Vorortzug, welcher Anschluß an den Arbeiterzug nach Großbesten usw. hat, kommt aber erst kurz vor 5 Uhr. Dazwischen fährt ein Zug 3,53 Uhr ab Niederschöneweide, welcher in Königswusterhausen gerade dann einläuft, um den einsetzenden Arbeiterzug, der die Arbeiter von Wildau mitnimmt, abfahren zu sehen. Es bleibt also den Groß-Berliner Arbeitern nichts weiter übrig, als ihre kostbare Zeit mit Warten zu verbringen, denn in der ganzen Zwischenzeit von 3,15 Uhr bis nach 7 Uhr verkehrt sonst kein fahrplanmäßiger Zug ab Königswusterhausen auf dieser Strecke. Und doch sind die meisten hier wohnenden erst dem Hinweis der Regierung, welche da sagte: Zieht nach dem Lande, billiger und bequemer könnt Ihr nirgends leben, gefolgt!

Obwohl die Verkehrspolitik der Eisenbahnverwaltung nicht zu solchem Optimismus berechtigt, wollen wir doch hoffen, daß der öffentliche Hinweis auf diese Zustände genügt, um Verbesserung zu veranlassen.

Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Julius Moses spricht heute, Dienstag, den 26. April, abends 7 Uhr, in einer öffentlichen Versammlung in „Kliems Festsälen“, Hasenheide, über das Thema

„Gegen den Gebärzwang“

Frauen und Mädchen, ärztliche Autoritäten, Parlamentarier aller Parteirichtungen sind hierzu eingeladen.

---

100 000 Mark für ein Unterkommen

Nach Verübung großer Bankschwindeleien wurde der aus Karlsruhe flüchtige 32 Jahre alte Kaufmann Philipp Moch von der Berliner Kriminalpolizei festgenommen. Moch hatte es verstanden, durch falsche Akkreditive drei Banken in Karlsruhe und Baden-Baden um 1½ Million zu betrügen, und war dann unter Zurücklassung seiner sehr luxuriös eingerichteten Wohnung nach Berlin geflohen.

Hier hatte er zuletzt bei einer „Dame“ in der Friedrichstraße ein Unterkommen gefunden, für das der Mann nicht weniger als 100 000 M. zahlte. Seine reichen Geldmittel erlaubten ihm, seinen Neigungen in größtem Umfange nachzugehen, und so kaufte er für sich die feinste und teuerste Damenwäsche und auch ganze Kleider. Ein Straßenmädchen, das außergewöhnlich hohe Schnürschuhe trug, schickte Moch eigens nach Breslau, um für ihn ebenfalls solche zu kaufen, als er hörte, daß die Schuhe von dort stammten. In den Kreisen der Halbweltdamen hatte er bald gute Beziehungen, blieb aber auch noch mit seiner Karlsruher Freundin in schriftlichem Verkehr. Dies wurde ihm zum Verhängnis. Als er am Sonnabend abend auf dem Postamt 9 erschien, um für ihn dort eingegangene Briefe abzuholen, wurde er von Kriminalbeamten, die ihm auf die Spur gekommen waren, verhaftet. Auch die „Dame“ in der Friedrichstraße wurde unter dem dringenden Verdacht, um die Veruntreuungen gewußt zu haben, festgenommen. Außer 600 000 M. Bargeld, die man in seiner Wohnung noch vorfand, beschlagnahmten die Beamten vier große Koffer, die mit feinster seidener Damenwäsche und eleganten Kleidern gefüllt waren.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung wird sich in dieser Woche in zwei Sitzungen (Dienstag und Donnerstag) mit einer umfangreichen Tagesordnung zu beschäftigen haben. Zunächst steht die Beschlußfassung über den Abänderungsantrag der Rechtssozialisten betr. Kündigung des Betriebsrates Sylt noch aus. Alsdann stehen eine ganze Anzahl Anträge der bürgerlichen Parteien zur Beratung, die sich mit der Geschäftsführung des Lebensmittelverbandes, sowie mit Mißständen bei dem Milchamt usw. beschäftigen. Ferner liegen eine Anzahl Anträge, die sich mit der Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit befassen, vor. Untergrundbahn und Hafenanlagen in Neukölln, Behandlung verhafteter Personen, Uebungsschießen der Sicherheitswehr usw.; Wiedereinstellung städtischer Arbeiter; Uebelstände des Straßenhandels, der Rummelplätze usw. sind Anträge, die am Dienstag ihrer Erledigung harren. — Nicht minder reichhaltig ist die Tagesordnung für die Sitzung am Donnerstag. 26 Punkte der Tagesordnung sollen verhandelt werden. Anfragen wie Inanspruchnahme von Schulräumen für die Erwerbslosenfürsorge, aber damit auch die nationale Demonstration für den Tod der ehemaligen Kaiserin nicht fehlt, haben die Deutschnationalen im Verein mit der Deutschen Volkspartei eine Anfrage eingebracht, die sich mit der Beurlaubung der Beamten zur Bestattung der ehemaligen Kaiserin beschäftigt. Alsdann sind eine ganze Reihe von Vorlagen, die schon zu wiederholten Malen erledigt werden sollten, bei der Kürze der Zeit und den Vielredereien der Bürgerlichen und Kommunisten immer wieder vertagt werden mußten.

Lebensmittel der Woche. In der Woche vom 25. April bis 1. Mai darf Brot nur auf die Brotkarte abgegeben werden, deren Abschnitte das Stichwort „Wedding“ tragen. Neben der üblichen Brotration werden in der Woche vom 25. April bis 1. Mai auf Abschnitt 4 der Berliner Lebensmittelkarte je Kopf der Bevölkerung noch 600 Gramm Gebäck abgegeben. — Auf Abschnitt 1 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte entfallen 800 Gramm amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 5,80 M. (7,25 M. je Kilogramm.) Die Ausgabe erfolgt ohne Voranmeldung in der Zeit vom 24. bis 30. April, a) in den durch gelbe Aushängeschilder kenntlich gemachten Verkaufsstellen, b) in den Verkaufsstellen der Meierei C. Bolle, c) in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft und des Beamtenwirtschaftsvereins für deren Mitglieder.

Milchlieferung. Am Dienstag, den 26. und Mittwoch, den 27. d. Mts., erhalten DI, DII und DIII-Karten keine Milch. — Am Dienstag, den 26. und Mittwoch, den 27. d. Mts., werden die ¼ Liter Krankenkarten mit Frischmilch beliefert, mit Ausnahme des Bezirks III. Als Ersatz für die ausfallende Frischmilch in diesem Bezirk wird ¼ Liter Emulsionsmilch verausgabt. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher. Die angegebene Belieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 neu zu Berlin hinzugekommenen Gemeinden, soweit sie nicht bereits dem Milchamt Berlin angeschlossen sind.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermania Zur Mühlen
Copyright by Der Malik-Verlag Berlin-Halensee 1921

(27. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

„Mein Gott!“ rief er, „glauben Sie, ich bin so verrückt, einen derartigen Schwindel zu wagen? Woher sollte ich denn alles haben, woher das Dynamit?“ Peter biß sich fast die Zunge ab, da er bemerkte, wie furchtbar er sich versprochen habe. Niemand hatte ihm ja mitgeteilt, daß die Tasche Dynamit enthalte. Er suchte verzweifelt nach einer Erklärung für seine Worte, doch wollte es ein glücklicher Zufall, daß keinem der fünf Männer der arge Fehler, den er begangen hatte, aufgefallen war. Sie wußten alle, daß sich in der Tasche Dynamit befinde und übersahen völlig die Tatsache, daß Peter dies angeblich nicht wisse. So nahe kann ein Mensch dem Abgrund des Verderbens kommen und dennoch gerettet werden.

Peter hastete von der gefährlichen Stelle fort. „Leugnet Joe Engel, daß er Jerry Rudd etwas zuflüsterte?“ fragte er.

„Er entsinnt sich dessen nicht“, entgegnete Guffey. „Sagt, er habe vielleicht mit ihm geredet, aber nichts besonderes, jedenfalls habe es sich um keine Verschwörung gehandelt.“

„Ich hörte ihn doch“, rief Peter, dessen scharfer Verstand einen Ausweg entdeckt hatte. „Ich weiß, was ich gehört habe. Es war gerade, da wir das Lokal verließen. Jemand hatte bereits das Licht abgedreht. Er stand mit dem Rücken gegen mich und ich schlich mich hinter den Bücherschrank.“

Der Staatsanwalt mischte sich ein; er war ein junger Mensch, leichter zu betrügen, als die anderen. „Sind Sie gewiß, daß es Joe Engel war?“ fragte er.

„Mein Gott, natürlich war er es“, erwiderte Peter. „Ich kann mich nicht geirrt haben.“ Er ließ eine Nuance der Verwirrung in seine Stimme kommen.

„Sie sagen, er habe geflüstert?“

„Ja.“

„Hätte es nicht dennoch ein anderer sein können?“

„Ich weiß nicht mehr, was ich glauben soll“, jammerte Peter. „Ich drehte ihm den Rücken, sprach mit Grady, dem Sekretär, dann drehte ich mich um, schritt zum Bücherschrank.“

„Wie viele Leute befanden sich im Zimmer?“

„Etwa zwanzig.“

„Waren die Lichter abgedreht, bevor sie sich umwandten, oder erst nachher?“

„Ich weiß es nicht, vielleicht nachher.“ Plötzlich rief der arme verwirrte Peter aus: „Ich komme mir wie ein Narr vor. Natürlich hätte ich mit dem Kerl reden, mich vergewissern sollen, daß er Joe Engel ist, aber ich glaubte meiner Sache sicher zu sein. Dachte gar nicht daran, es könnte ein anderer sein.“

„Sind Sie dessen gewiß, daß er mit Jerry Rudd sprach?“

„Ja, das weiß ich. Herrys Gesicht war mir zugewandt.“

„War es Rudd oder der andere, der von „Sab Cat“ sprach?“ Peter wurde nun ganz verwirrt, verwickelte sich immer mehr; eine neue Sturzflut von Fragen ergoß sich über ihn, bis der Detektiv erschien, der das Buch über Sabotage brachte — auf dem Titelblatt stand Mc Cormicks Name und zwischen den Seiten stak der Plan.

Alle umdrängten den Plan und es kam ihnen zu gleicher Zeit der gleiche Gedanke: Kann dies der Plan von Nelse Ackermans Haus sein? Der Polizeikommissar rief telephonisch den Sekretär des großen Bankiers an, er möge Herrn Ackermans Haus beschreiben. Der Kommissar lauschte der Beschreibung, sagte dann: „An der Nordseite des Hauses gegen Westen wird etwas durch ein Kreuz bezeichnet? Was kann das sein?“ Die Antwort kam, der Kommissar rief: „Mein Gott!“, fuhr dann fort: „Wollen Sie bitte sofort mit dem Plan des Architekten hierher kommen, damit wir die beiden vergleichen können?“ Er wandte sich an die anderen: „Das Kreuz bezeichnet das Zimmer im zweiten Stock, in dem Herr Ackerman schläft.“

Eine Weile vergaßen sie die Zweifel, die sie gegen Peters Ehrlichkeit hegten. Es war eine faszinierende Arbeit, dies Zusammensetzen der Einzelheiten, dies Aufspüren neuer Tatsachen. Niemals hätte dieser unbedeutende kleine erschrockene Mensch einen derartigen Plan entwerfen können. Nein, ein großer Geist, ein dämonischer Verschwörer strebt an, die rote Vernichtung über American-City loszulassen.

48.

Peter wurde in seine Zelle zurückgeschickt. Dort blieb er zwei Tage, niemand teilte ihm mit, was mit ihm geschehen werde, niemand gab ihm gute Ratschläge. Zeitungen durften ins Gefängnis nicht gebracht werden, doch hatte Peter etwas Geld bei sich, und am zweiten Tage bestach er einen der Wärter, der ihm die „Times“ brachte, auf deren Vorderseite alle Details des neuesten aufsehenerregenden Falles standen.

Seit dreißig Jahren stand die „Times“ auf Seiten des Gesetzes und der Ordnung gegen alle Gewalten des roten Aufruhrs und der Revolution. Seit dreißig Jahren erklärte die „Times“, Arbeiterführer, Sozialisten und Anarchisten seien dasselbe, vertrauten alle bloß auf ein Werkzeug: die Bombe. Und nun endlich war die „Times“ gerechtfertigt; — dies war ihr großer Tag. Sie nützte es aus, nicht bloß auf der Vorderseite, sondern auch noch auf den zwei folgenden Seiten, brachte die Bilder der Verschwörer, darunter auch das Peters, sowie Abbildungen des J. W. W.-Hauptquartiers, der Reisetasche, der Dynamitstäbchen, der Zünder, der Uhrenbestandteile, des Ateliers, wo man der Verschwörer habhaft geworden war, und Nikitins, des russischen Anarchisten, der Nummer 17 bewohnte. Viele Artikel beschäftigten sich mit der Angelegenheit; Interviews mit Geistlichen, Bankiers, dem Präsidenten der Handelskammer, dem Sekretär der Agrarbank. Ein fettgedruckter Leitartikel wies darauf hin, daß die „Times“ seit dreißig Jahren das Publikum gewarnt habe, verknüpfte den neuen Vorfall mit dem Fall Goober, dem Fall Lackman und dem Fall dreier pazifistischer Geistlichen, die vor wenigen Tagen verhaftet worden waren, weil sie es gewagt hatten, in einer öffentlichen Versammlung die Bergpredigt vorzulesen.

Und Peter wußte, er, Peter Gudge, habe alldies getan! Alldies schulden die Gewalten des Gesetzes und der Ordnung einem unbekannten kleinen Geheimagenten! Freilich würde er kein Lob ernten, der Polizeikommissar und der Staatsanwalt erließen feierliche Mitteilungen, forderten alle Ehren für sich, deuteten mit keinem Wort an, daß sie dem Geheimdienst des Trusts Dank schuldig seien. Dies mußte natürlich so sein; um ihres Ansehens willen mußten die Autoritäten vorgeben, alle Arbeit selbst zu leisten, der Mob durfte nicht ahnen, daß sie von den großen Geschäftsinteressen der Stadt finanziert und geleitet werden. Dennoch verdroß dies Peter. Er, Mc. Givney und auch Guffeys andere Leute hegten starke Verachtung für die Staatsbeamten, die sie für unbegabt, arm und machtlos hielten. Wollte man in Amerika etwas erreichen, so ging man nicht zu den Staatsbeamten, sondern zu den großen Geschäftsleuten, zu jenen, die den „Stoff“ haben, die es gewohnt sind, rasch und gründlich vorzugehen. Auch bei der Spionage war es das gleiche wie bei allem anderen.

Bisweilen erkannte Peter, wie nahe er dem Ruin gewesen sei. Aengste peinigten ihn, er stellte sich vor, er werde im Loch eingekerkert, Guffey foltere die Wahrheit aus ihm heraus. Doch vermochte er diese Furcht zu beschwichtigen, fühlte, die Bombenverschwörung sei eine allzu große Sache, um die Autoritäten nicht zu verlocken, müsse diese mit sich fortreißen, ob sie nun wollten oder nicht. Sie müssen weitergehen, müssen zu Peter halten. (Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Einheitsfront der Kopf- und Handarbeiter

Der 12. April 1921 bedeutet einen Wendepunkt in der deutschen Arbeiterbewegung. An diesem Tage wurde ein Organisationsvertrag zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (A. D. G. B.) und dem Allgemeinen Freien Angestelltenbund (Afabund) abgeschlossen. Der Vertrag hat den Zweck, das Zusammenwirken der beiden Spitzenverbände in Zukunft inniger und planmäßiger auszugestalten und in festere Regeln zu bringen. Beide Körperschaften behalten ihre Selbständigkeit, verpflichten sich aber, „in allen gewerkschaftlichen, sozialen und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten zusammenzuwirken, die die Arbeiten der Angestellten und Arbeiter gemeinsam berühren".

Beide Verbände einigten sich grundsätzlich, daß die Arbeiter in den Verbänden organisiert werden sollen, die dem A. D. G. B. angeschlossen sind, während für die Angestellten der Afabund in Frage kommt. Abweichungen und sonstige Streitigkeiten entscheidet ein Schiedsgericht, dessen Zusammensetzung laut Vertragsregeln zu geschehen hat. Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst", der vom A. D. G. B. herausgegeben wird und aus dem wir diese Mitteilung entnehmen, soll auch auf den Afabund ausgedehnt werden.

Mit Zustimmung des A. D. G. B. tritt der Afabund in den Internationalen Gewerkschaftsbund (Sitz Amsterdam) ein, ohne daß für Deutschland eine zweite Landeszentrale errichtet wird. Dem Afabund wird auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß mindestens ein Sitz eingeräumt. Bei sonstigen internationalen Zusammenkünften ist nach Möglichkeit der Afabund zu berücksichtigen.

Mit dem Deutschen Beamtenbund wird noch verhandelt, und wenn es auch hier zu einem engeren Zusammenschluß kommt, dann wäre eine totale Einheitsfront der Hand- und Kopfarbeiter hergestellt.

Einstweilen begrüßen wir das Zustandekommen des Vertrags zwischen dem A. D. G. B. und der „Afa", der für die deutsche Gewerkschaftsbewegung von großer historischer Bedeutung werden wird.

Die Aufgaben der Betriebsräte

Eine Arbeitsgemeinschaft über die Aufgaben der Betriebsräte nach dem Betriebsrätegesetz eröffnet an der Arbeitsstätte des Nordostens der Volkshochschule Groß-Berlin, der Genosse Richard Seidel am Donnerstag, den 28. April. Die Arbeitsgemeinschaft gilt als Fortsetzung des im vorigen Lehrquartal an der gleichen Stelle abgehaltenen Kursus „Die Betriebsräte in Deutschland", sie wird indes so gestaltet werden, daß auch solchen Teilnehmern die Mitarbeit möglich ist, die an diesem früheren Kursus nicht teilgenommen haben. In der Arbeitsgemeinschaft werden die Aufgaben und Befugnisse der Betriebsarbeiter- und Angestelltenräte (§§ 66—92 des BRG.) nach Vorfällen und Möglichkeiten der Praxis des Betriebslebens besprochen und die Wirkungsmöglichkeiten der Betriebsvertretungen der Arbeitnehmer untersucht. Die Hörer werden gebeten, den Text des Betriebsrätegesetzes mitzubringen. Die Arbeitsgemeinschaft findet an acht Abenden — jede Woche Donnerstags — zu eineinhalb Stunden statt. Die Arbeit beginnt 7½ Uhr abends. Die Hörgebühr beträgt 6 Mark. Die Lehrstätte ist Königstädtische Oberrealschule, Pasteurstraße 44/46.

Wir machen die Parteigenossen auf diesen Kursus aufmerksam und empfehlen allen in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Parteigenossen außerdem das sorgfältige Studium des Lehrplanes der Volkshochschule, der auf den Gebieten der Gesellschaftswissenschaften und der Wirtschaftslehre zahlreiche beachtenswerte Kurse bietet.

Flucht vor — Moskau

Ein Telegramm aus Paris meldet folgende bedeutungsvolle Tatsache:

Paris, 25. April.

Die Gewerkschaft der Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten, die in Paris getagt hat, hat sich mit 11 712 gegen 1116 Stimmen gegen den Anschluß an die Internationale von Moskau ausgesprochen. Der Kongreß beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Verbesserung der Gehälter und der Arbeitsbedingungen, und sprach sich für die gewerkschaftliche Autonomie aus, aber gegen jeden Anschluß an eine politische Partei.

Das Irrlicht aus dem Osten wirkt bereits abschreckend.

Streik der Friedhofsarbeiter beendet

Nach einer vierwöchigen Dauer wurde der Streik auf den evangelischen Friedhöfen abgebrochen. Mit der Jüdischen Gemeinde konnte bereits vorher eine Verständigung erzielt werden. Durch das sofortige Eingreifen der Technischen Nothilfe war von vornherein mit einer längeren Kampfesdauer zu rechnen. Trotzdem es der erste Streik war, den die Friedhofsarbeiter führten, war die Haltung der Streikenden ausgezeichnet. Streikbrecher aus den eigenen Reihen waren sehr wenige zu verzeichnen. Der Kampf mußte abgebrochen werden, weil sich die Arbeitslosen in großen Massen den Kirchengemeinden zur Verfügung stellten.

Die evangelischen Kirchengemeinden lehnten jede Verständigung rundweg ab. Ihr Verhalten lieferte den Beweis, daß es ihnen in erster Linie darauf ankam, die verhaßte Organisation zu beseitigen. Wurden schon durch Inserate Arbeitswillige gesucht, die einer christlichen Organisation angehören, so verlangen jetzt die meisten Kirchengemeinden bei der Wiedereinstellung den Austritt aus der freigewerkschaftlichen und den Eintritt in die christliche Organisation. Das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht wird unter Führung der Berliner Stadtsynode mit Füßen getreten.

Von den christlichen Gewerkschaften müßte man erwarten, daß sie schon aus Reinlichkeitsgründen ablehnen, die ihnen zugedachte Stellung der Gelben zu übernehmen. Das eigenartige Verhalten des Reichsarbeitsministeriums soll ebenfalls erwähnt werden. Zu den in Aussicht genommenen Einigungsverhandlungen waren nur die Vertreter der Kirchengemeinden geladen. Erst nach einigen Tagen hielt man es für notwendig, der Organisation mitzuteilen, daß ein weiteres Eingreifen abgelehnt werden muß. Das weitere Verhalten der Kirchengemeinden fordert zum schärfsten Protest heraus. Während einzelne Kirchengemeinden die vorher Beschäftigten ausnahmslos eingestellt haben, werden von den meisten Kirchengemeinden nur die ihnen genehmen Arbeitskräfte wieder eingestellt. Auch hier spielt die Berliner Stadtsynode eine führende Rolle. Das koalitionsfeindliche Verhalten der Kirchengemeinden ist eine Angelegenheit der gesamten organisierten Arbeiterschaft. Wenn es die christliche Kirche nicht verschmäht, Kirchensteuern von freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern einzutreiben, so wird man ernstlich prüfen müssen, welche Maßnahmen gegen das gekennzeichnete Vorgehen getroffen werden sollen. Da die Verhältnisse noch nicht überall geklärt sind, werden wir noch ausführlich über die einzelnen Vorgänge berichten. In einer besonderen Versammlung soll dazu noch Stellung genommen werden.

Zimmerer. Alle Verbandskameraden Groß-Berlins werden hiermit aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die Vertrauensmänner von allen Arbeitsstellen zu der am Mittwoch, den 27. April 1921, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3, stattfindenden Vertrauensmännerversammlung erscheinen. Auch von den Arbeitsstellen, welche in den letzten Wochen aufgemacht sind, müssen sofort Vertreter gewählt und zu der Versammlung gesandt werden. Da der Saal uns nur bis abends 7 Uhr zur Verfügung steht, bitten wir nochmals, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Tagesordnung: 1. Rechte und Pflichten der Vertrauensmänner, unter Berücksichtigung der Vorkommnisse in letzter Zeit. 2. Betriebsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

I. A.: W. Repschläger.

Streik der Wächter bei der Schöneberger Wach- und Schließgesellschaft. Am Donnerstag, den 21. April, haben die Wächter der Schöneberger Wach- und Schließgesellschaft die Arbeit eingestellt, da die Gesellschaft sich weigert, die neuen, vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin festgesetzten Tariflöhne zu zahlen. Die Tarifforderungen der Wachangestellten sind bisher von 12 Gesellschaften mit 1832 Beschäftigten anerkannt.

Holzarbeiter! Als gesperrt gilt der Betrieb von Roeder, Köpenicker Str. 145. Seit längerer Zeit befinden sich die Kollegen dort im Ausstand, und war es trotz eifriger Bemühungen der Organisation nicht möglich, die Differenzen beilegen zu können. Vor Zuzug wird gewarnt. Arbeiterfreundliche Blätter werden gebeten, diese Notiz abzudrucken.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Aus den Organisationen

9. Distrikt. Maifeierplakate von Genossen Weniger, Böhowstr. 43, abholen.

11. Distrikt. Parteigenossen, die für Monat Mai die „Freiheit" frei erhalten wollen, haben sich bis zum Sonnabend, den 30. April, mit Ausweis ihres Abteilungsführers beim Genossen Spilzing, Stralsunder Str. 28, vorn 1 Treppe, zu melden. Bedingung: 4 Wochen arbeitslos, 6 Monate Parteimitglied, 6 Monate „Freiheit"-Abonnent. Gleichzeitig holen am selben Tage die arbeitslosen Genossen Freibilletts zur Maifeier ab.

13. Distrikt. Frauen- und Kinderschutz-Kommission. Am Mittwoch, Donnerstag und Freitag, nachmittags 4 Uhr, treffen sich die Genossinnen bei Höhne, Stolpische Str. 36, um die Vorarbeiten zum 1. Mai zu treffen. Erscheinen aller Genossinnen ist dringend notwendig.

17. Distrikt. Die Bezirksführer werden gebeten, die Maizeitungen bei den Abteilungskassierern abzurechnen, damit eine Uebersicht vorhanden ist, ob noch welche für Sonntag zum Verkauf da sind.

17. Distrikt. Billetts zu der am Sonnabend, den 30. April, in der Stadthalle stattfindenden Vorlesung von Ernst Tollers neuem Drama „Die Luddites" sind noch beim Genossen Paul Kroll, Utrechter Str. 31, zu haben. Da der Reinertrag den Angehörigen der Inhaftierten zufließt, wird gebeten, hiervon Gebrauch zu machen.

Dienstag, 26. April

5. Distrikt. 6. Abteilung. Abends 7 Uhr bei Kotroff, Rigaer Str. 96, Abteilungsversammlung. Wegen der wichtigen Tagesordnung Erscheinen sämtlicher Genossen erforderlich.

5. Distrikt. 10. Abteilung. Abends 7 Uhr: Extrazahlabend im Lokal Krebke, Ebertystr. 8. Tagesordnung: Das neue Steuergesetz. Die Abteilungsleitung.

14., 15. Distrikt. Elternversammlung der 212. Gemeindeschule, Siemensstr. 20, abends 7 Uhr in der Aula. Tagesordnung: 1. Wo bleibt die Schulreform? Referent: Lehrer Ponzong. 2. Was geht im Elternbeirat vor? Jeder hat zu erscheinen.

15. Distrikt. Abends 7 Uhr: Frauenleseabend bei Lausch, Bredowstr. 35. Die Genossinnen müssen vollzählig erscheinen.

Distrikt Treptow. Abt. Adlershof. Abends 7½ Uhr in Adlershof, Lokal Mühlstein, öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Der Kommunistenputsch in Mitteldeutschland. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Rabold. Die Genossen der Orte Treptow-Baumschulenweg, Ober- und Niederschöneweide, Johannisthal, Alt-Glienicke sind eingeladen. Die Niederschöneweider Genossen treffen sich um 7 Uhr im Lokal Weber, Britzer Straße, zum Abmarsch.

Pankow. Der dritte Vortragsabend findet 7 Uhr in dem Zeichensaal der Kaiser-Friedrich-Str. durch den Genossen Kubig statt.

Eltern der 278. Gemeindeschule! In der Aula, Schöningstr. 17, öffentliche Elternversammlung. Vortrag über die Richtlinien des Oberstadtrats Paulsen.

Mariendorf. Abends ½8 Uhr: Sitzung des Agitationsausschusses und der Unterkommissionen und Bezirksführer bei Köpke, Bergstr. 7.

Mittwoch, 27. April

1. Distrikt. Abends 7 Uhr in der Schulaula, Alte Jakobstr. 127, gemeinschaftlicher Zahlabend. Vortrag des Gen. Dr. Krische: „Unsere Stellung zur Religionsfrage".

3. Distrikt. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Bieler, Dieffenbachstr. 78.

3. Distrikt. 5. Abteilung. Abends 7 Uhr: Abteilungsversammlung im Restaurant „Zum Leuchtturm", Fontanepromenade 18, Ecke Blücherstr. Vortrag, Wahlen. Zahlreicher Besuch unbedingt notwendig.

5. Distrikt. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Schmelzerdt, Alte Jakobstr. 24. Die Abteilungsführer, Stellvertreter, sowie die Obleute der Kommissionen müssen zugegen sein.

7. Distrikt. 7 Uhr bei Kessn, Gubener Str. 19, engere Vorstandssitzung.

7. Distrikt. 8. Abteilung. Abends 7 Uhr: Abteilungsversammlung bei Hagen, Simplonstr. 34.

8. Distrikt. 7. Abteilung. Abends 7 Uhr in den Lokalen von Bünning, Petersburger Str. 19, Busch, Tilsiter Str. 27, Extrazahlabend. Tagesordnung: Reorganisation, Maifeier.

9. Distrikt. Funktionärsitzung bei Meischke, Marienburger Str. 31. Tagesordnung: Vorbereitung der Demonstration und der Feier am 1. Mai. Gesa.-Kommission, Frauenarbeits- sowie Kinderschutzkommission bestimmt erscheinen.

10. u. 11. Distrikt. Arbeitslose Genossen werden gebeten, sich vormittags 10 Uhr im Walhalla-Garten zwecks Instandsetzung des Gartens zu melden.

12. Distrikt. Abends 8 Uhr: Lern- und Lesekommission bei Schmidt, Pappelallee 64. Um rege Beteiligung wird gebeten.

18. Distrikt. Abends 7 Uhr: Vorstandssitzung bei Schürzmann, Stettiner Straße 11. Freitag wird über die Maizeitungen abgerechnet, andernfalls gelten dieselben als verkauft. Donnerstag, abends 7 Uhr: Distriktversammlung in der Schulaula, Gründhaler Str. 5. Referent: Genosse Seger.

18. Verwaltungsbezirk (Weißensee — Hohenschönhausen). 7 Uhr abends: Sitzung der kommunalen Kommissionen und Bezirksverordneten im Grünen Baum, Berliner Allee.

Steglitz. Abends 7½ Uhr: Mitgliederversammlung, Realschule am Stubenrauchplatz. Tagesordnung: Bericht der Geschäftsleitung, Vorstandswahl, Reorganisationsstatut, Verschiedenes. Diese wichtige Tagesordnung erfordert, daß alle Mitglieder anwesend sind.

Mariendorf. Abends 7½ Uhr findet die Fortsetzung des Kursus des Genossen Seger statt. Die Teilnehmer werden ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen!

Spandau. Abends 7½ Uhr im Restaurant Werther, Bismarckstr. 51, Frauenversammlung. Vortrag der Genossin Hetz. Parteigenossen sorgt für guten Besuch, bringt Freunde und Bekannte mit.

Vereinskalender

Dienstag, 26. April

Zentralverband der Angestellten. Zigarrenhandel. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung, Einsiedler-Bierhallen, Neue Promenade 3. — **Textil, Bekleidung, Leder (Häuteverwertung).** Nachm. 5½ Uhr öffentliche Versammlung in Lichtenberg, Möllendorffstr. 25-26, bei Schwarz. — **Viktoria-Einnehmer.** Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung, Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Verbandsfunktionäre, Betriebsvertrauensleute, Branchenleiter, Verwaltungsmitglieder, Distrikts-, Agitationskommissionsmitglieder und Obleute! Abends 7 Uhr im großen Saal der Germania-Prachtsäle, Chausseestr. 110, allgemeine Funktionärversammlung. Tagesordnung: Referat und Korreferat über „Moskau oder Amsterdam". Als Legitimation dient das Mitgliedsbuch nebst Funktionärkarte resp. Ausweis als Betriebsratsmitglied. Ohne dieselben kein Zutritt. Wer über acht Wochen mit dem Beitrag im Rückstand ist, erhält ebenfalls keinen Zutritt.

Mittwoch, 27. April

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Chemische Branche. Abends 7 Uhr in Schultheiß-Festsäle, Neue Jakobstr. 24/25, Eingang Schmidstr. 19/20: Versammlung sämtlicher Funktionäre aller Untergruppen. — **Vertrauensleute, Betriebsobleute und Betriebsräte der Branche Bau- und Arbeitskutscher.** Abends 7 Uhr im Lokal von R. König, Langestr. 53, Vertrauensmännersitzung. — **Textilbranche. Betriebsräte, Arbeiterräte, Betriebsobleute.** Abends 5 Uhr bei Witte, Poststr. 29, Vollversammlung. Wahl des Branchenausschusses.

Der Mieterbund Berlin-Steglitz, E. V., Horst-Kohl-Str. 1, hält abends 8½ Uhr, im Restaurant Ernst Bachmann, Berlinickestr. 13, Ecke Mittelstr. (am Bahnhof), eine Mieterratsschule ab, zu der alle Steglitzer Mieter freien Eintritt haben.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Bezirk Steglitz. Abends 8 Uhr im Gymnasium, Heesestr., Hinterbliebenenversammlung. Bundessekretärin Kameradin Bartel spricht über „Die Umanerkennung der Renten für die Hinterbliebenen". Gäste willkommen.

Bund religiöser Sozialisten. Abends 7½ Uhr in Steglitz, Oberrealschule, Elisenstr. 3, Vortrag mit freier Aussprache über das Thema: Aberglaube und Glaube. Alle Genossen, besonders solche, die aus der Kirche ausgetreten sind, herzlich eingeladen!

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau. — Verantwortlich für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: Gerhart Seger, Berlin. — Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kämeriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Völker-Frühling
Festschrift zum Weltfeiertag
1.— Mark
Kolporteure und Händler
beziehen die Festschrift vom Verlag
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2,
Breite Straße 8—9

Dukaten-Gold 900 gest.
14 karat. Gold 585 gest.
8 karat. Gold 333 gest.
Stück von 35.00 Mark
Trauringe
Stets vorrätig am Lager
Trauringfabrik Minoga
Berlin O, Grüner Weg 69
Telephon Alex. 2430

Soeben erschienen! Soeben erschienen!
Artur Crispien
Ueberflüssige Menschen
Preis 3,— Mark
Buchhandlg. „Freiheit"
Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Billige Salzheringe
Nach Räumung alter Bestände können nunmehr durch den Kleinhandel unsere billigen Sorten
zu 25 bis 40 Pf. das Stück an das Publikum
abgegeben werden. Ferner sind jetzt durch uns ca. 50 000 Faß
vorzüglicher holländischer Heringe
in den Handel gebracht, welche an das Publikum
/ zu 50 bis 70 Pf. das Stück /
durch den Kleinhandel abgegeben werden können
Man verlange unsere vollwertige Ware in den einschlägigen Geschäften. Bei Abnahme von mindestens 33 Faß kann direkt von der Salzherings-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H., Berlin W 8, Französische Straße 14, bezogen werden
Salzherings-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H. • Berlin • Reichsfischversorgung G. m. b. H. i. L.

Soeben erschien! Soeben erschien!
Russische Korrespondenz
Nummer 3/4
Inhalt: N. Lenin: Die gegenwärtige Lage Sowjet-Rußlands (Rede auf dem X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands). / Karl Radek: Der X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands. / Materialien zur Frage der Rolle und der Aufgaben der Gewerkschaften. / Materialien zur Frage des Aufbaues der Partei. / Karl Radek: Die innere und äußere Lage Sowjet-Rußlands und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Rußlands. / N. Lenin: Das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Bauerntum (Rede auf dem X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands). / L. Kamenew: Die Sowjetrepublik in der kapitalistischen Umgebung (Rede auf dem X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands). / Karl Radek: Kronstadt. / N. Lenin: Die äußere und innere Politik der Sowjetmacht (Rede in der Sitzung der Moskauer Sowjets der Arbeiter und Rotarmisten). / Die Erteilung von Konzessionen an das ausländische Kapital (mit drei Karten). / A. Bogdanow: Die Sowjetregierung. / A. Rykow: Resultate der aufbauenden Tätigkeit der Sowjetregierung. / A. Swiderski: Die nächsten Aussichten der Lebensmittelversorgung. / Die Bauernwirtschaften in Sowjet-Rußland Ende 1920. / Illustrationen und Beilagen: Fünf Plakate (Mehrfarbendrucke) / Drei Landkarten
Preis Mark 6.00
160 Seiten 160 Seiten
Zu beziehen durch Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig

Alle Metalle Preiserhöhung!
Zinn! Lötzinn! Weichmetall! Blei!
Dringend für Spezialgebrauch!
Kupfer! Rotguß! Messing!
Nickel! — Aluminium!
Zink! — Stanniolpapier!
Glühstrumpfasche bis M. 100.–
Zahngebisse! Zahn bis M. 100.–
Platinabfälle!
Gold- u. Silberbruch! gold- u. silberhaltige Rückstände!
Quecksilber!
— Silber! —
kauft zu Tageskursen:
Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstraße 31

Betriebsräte • Gewerkschaften • Arbeiterräte
Arbeiterstiefel
gut durchrepariert, neu besohlt
Schnürschuhe Paar M. 35.—
Schaftstiefel Paar M. 55.—
zu haben
Eislebener Straße 11, Laden 4
Ecke Rankestraße • Nähe Bahnhof Zoo